der Stellung Berlins übten, eingestandene Verirrung der Genossen in Süd-West und teilweise auch in Rheinland-Westfalen zeigte uns, daß wir die dort von Anfang an erkannte Linie richtig beurteilten und vollkommen im Recht waren, mit aller Schärfe dagegen aufzutreten. Was zwischen beiden Lagern dann noch an verschiedener Auffassung übrig blieb, war bei richtigem Zusehen gleich Null. Die Debatte hat nicht nur zur Klärung beigetragen, sondern auch die Frage der Aktionsausschüsse von der richtigen Seite behandelt und zweifellos zur inneren Festigung beigetragen. Der Parteitag hat die Differenzen in dieser Hinsicht endgültig liquidiert.

Im Punkte Organisation, Presse, VRUK, usw. zeigte sich allerdings, daß noch viel Arbeit zu leisten ist. Aber schon die Beschickung bewies, daß die Genossen im Reiche den Willen haben, auch nach dieser Richtung hin jetzt tatkräftig Hand anzulegen. Die Genossen, die aus dem ganzen Reiche zusammenkamen, um über die Politik und Taktik der KAPD. zu beraten und neue Kraft zu schöpfen für den revolutionären Kampf, werden zurückkehren mit dem Bewußtsein, ein Stück praktische Arbeit für die proletarische Revolution geleistet zu haben. Jetzt heißt es, die Ergebnisse des Parteitages Gemeingut der Partei und darüber hinaus, des Proletariats werden zu lassen, den Hammer zu schwingen, um die reformistischen Fesseln zu sprengen, in denen das Proletariat schmachtet. Die Waffen sind neu geschärft, jetzt gilt es, sie zu gebrauchen!

Beschlüsse des Parteitages

Programm, Taktik und Organisation.

I.

Angenommen wurden die bereits in der „KAZ." veröffentlichten Leitsätze über „Nationalbolschewismus", zu den „Aufgaben der Partei" und Aufgaben und Charakter der Aktionsausschüsse.

II.

1. Der Programm-Entwurf soll von seiner endgültigen Veröffentlichung an im Zeitraum von 8 Wochen von den Ortsgruppen durchberaten sein. Die Programmkommission soll bei der letzten Veröffentlichung den Schlußtermin für Abänderungsvorschläge und Ergänzungsvorschläge den Bezirken bekanntgeben.
2. Die Programmkommission wird beauftragt, dafür zu sorgen:
   a) daß der vorläufige Entwurf nach Möglichkeit gekürzt wird,
   b) einem Genossen der Kommission der ganze Entwurf zur stilistischen Bearbeitung übergeben wird, damit der Stil des ganzen Entwurfs nach Möglichkeit einheitlich wird,
   c) die Debatte des Parteitags für den Entwurf zu verwerten.

III.

Der 6. Parteitag der KAPD. beschließt, daß im Monat Oktober zur Herausgabe des Programms eine Umlage von M. 1.— mal der am Zahlungstage gültigen Buchhandels-Schlußzeilzahl für der „KAZ." zu ersehen) erhoben wird, um den Ankauf von Papier vorher zu ermöglichen.

IV.

Der Parteitag erklärt, daß die Partei als Ganzes sowohl als auch jede einzelne Ortsgruppe und jedes einzelne Mitglied getreu unserm Programm den grundsätzlichen Kampf mit aller Schärfe weiterführen muß, gegenüber allen anderen Organisationen und Gruppen. Eine organisatorische Verbindung, ganz gleich mit welchen Organisationen, könnte nur geschehen auf Kosten unserer grundsätzlichen programmatischen Einstellung und dient nicht zur Förderung, sondern zur Trübung des zur proletarischen Revolution notwendigen Klassenbewußtseins. Personen, die nicht Mitglied der Partei sind, können zu Mitgliederversammlungen der Partei auf keinen Fall zugelassen werden, ganz gleich, ob sie unter der Flagge der Essener Richtung oder unter anderen Vorwänden in die Partei einzudringen versuchen.

Entschließung zur Referentenfrage.

Anforderungen von Referenten müssen dem gesch. Hauptausschuß mindestens eine Woche vorher schriftlich mitgeteilt werden. Die telegraphische Anforderung und die Selbstabholung von Referenten wird zumeist kaum erfüllt werden können. Ferner ist unbedingt Pflicht der Wirtschaftsbezirke und Ortsgruppen, die Kosten für die Finanzierung der Referenten selbst aufzubringen und zwar, da alle Referenten im Arbeitsverhältnis stehen, Lohnausfall und Reisespesen. Zu diesem Zweck wird empfohlen, wöchentlich einen Beitrag in Höhe des halben Stundenlohnes eines gut bezahlten Facharbeiters von den Mitgliedern zu erheben.

Beiträge.

Der Pflichtbeitrag für den Geschäftsführenden Hauptausschuß beträgt 10 vH. des Beitrages im Vorort des OH. und zwar festgesetzt alle 14 Tage.

Die Ablieferung der laufenden Pflichtbeiträge hat so zu erfolgen, daß am 15. und 1. des Monats das Geld in den Händen des OH. ist, evtl. à Conto-Zahlungen. Kommt ein Wirtschaftsbezirk der 14tägigen Ablieferung nicht nach, so muß derselbe die eventuellen erhöhten Beiträge der nächsten Dekade abrechnen.

Nur so wird der OH. in die Lage versetzt, allen finanziellen Verpflichtungen der Gesamtorganisation gegenüber nachzukommen.

Achtung! Wirtschaftsbezirke!

Der Richtbeitrag für die erste Hälfte September beträgt M. 500 000, also der Pflichtbeitrag für den OHA. in der ersten Hälfte September M. 50 000. Dieser ist sofort einzusenden.

Geschäftsführender Hauptausschuß.

Ausland

Militär-Putsch in Spanien

Barcelona, 13. September. (Havas.) „Der Gouverneur Primo de Rivera hat eine Proklamation erlassen, in der er die Regierung anklagt, sie führe das Land dem Untergange entgegen und mitteilt, daß die Militärpartei beschlossen hat, die Regierung zu übernehmen und den Belagerungszustand zu verhängen. Um 4 Uhr morgens ist die Telephonzentrale besetzt worden. Die Stadt ist ruhig.

In Madrid ist die Regierung in der vergangen Nacht in aller Eile zu einer Beratung zusammengetreten."

Der spanische Marokkofeldzug, der viel Schulden und wenig greifbare Erfolge einbrachte und infolgedessen schon sehr angefeindet geworden ist, hat die spanische Regierung veranlaßt, denselben abzubauen oder wenigstens denselben zu einem Abschluß zu bringen. Dagegen richtet sich die Revolte der Militäristen. Inwieweit die Umstürzler von reich sich auf Truppen zu stützen vermögen, muß abgewartet werden, doch liegt sehr wohl die Möglichkeit vor, daß durch die Provokation der Militärpartei auch die revolutionäre Bewegung ernest auftaumt und mit weiteren Komplikationen zu rechnen ist.

Der Bergarbeiterstreik in der Tschechoslowakei

Seit dem 20. August stehen die Bergarbeiter der Tschechoslowakei in einem erbitterten Kampf gegen das Zechenkapital. Wo immer aber Proletarier sich auftaffen mögen, um um die drückenden Sklavenketten für einen Augenblick etwas zu lockern, sind auch die vom Kapital abhängenden Schmarotzergefolde auf dem Plan, den „geknechteten Brüdern" zu „helfen". Daß die frei-gelben Gewerkschaften Amsterdamer Couleur und ihr sozialdemokratisches Nutznießergeschmeiß immer auf der Seite des Kapitals stehen, ist jedem Proletarier, der nur noch gelegentlich etwas denken kann, selbstverständlich. Daß es nicht jedem, auch dem bildesten Proletarier, offen erkenntlich ist, liegt daran, daß die Herren Führer als Besitzer dieser Institutionen, es hier und da noch für nötig halten, ihren Verrat in Phrasen einzukleiden und als Wolf im Schafspelz auftreten und die Proletarier in den Gewerkschaften schon so weit „geschult" sind, daß sie ihre gefährlichsten Feinde nicht mehr erkennen.

Gefährlicher sind überall die nationalistischen Sozialdemokraten, die Stipendiaten der Moskauer Caesaren als Vertreter des russischen Kapitalismus. Der Reichenberger „Vorwärts", ausgehalten von der russischen „Internationale", brachte am Sonntag, den 19. August, einen Aufruf der „Kommunistischen" Partei der Tschechoslowakei (KPC.): „An die gesamte Arbeiterschaft der Tschechoslowakei" „zu Gunsten" der Bergarbeiter: In diesem wird sehr richtig angeführt, daß die Bergarbeiterlöhne seit zwei Jahren um 40 vH. herabgesetzt seien (trotz gestiegener Lebensmittelpreise). Der neuerliche Angriff des Zechenkapitals bezweckt eine weitere Lohnherabsetzung um nochmals 20 vH. Zur Abwehr dient der „Generalstreik". Der Aufruf der KPC. lobt um die böhmischen Proletarier, daß sie „trotzdem ihre Arbeitslosigkeit um 40 vH. erhöht (!) und genügend gezeigt haben, daß sie fähig sind, die größten Opfer zu tragen"! Dann werden die Proletarier ermahnt, daß „alle politischen Streitigkeiten aufhören" und daß alle Polemik eingestellt werden muß"! Schließlich wird noch gejammert, daß die „Regierung gegen die Streikenden vorgeht wie gegen Staatsfeinde". Im Leitartikel derselben Nummer beschwört der „kommunistische" „Vorwärts" die Proletarier, daß sie „sich nicht zu Unbesonnenheiten hinreißen lassen" sollen. Dem Zechenkapital gibt der Leitartikel zu verstehen, daß die Proleten ja nur streiken, um „zur Besserung der trostlosen Wirtschaftslage in der Tschechoslowakei beizutragen"! Die KPC. ist demokratisch-nationalistisch und hat ein Interesse daran, daß nicht „Hetzer und Staatsfeinde" das Kohlenarbeiter „aufwiegeln" zu „Unbesonnenheiten" gegen das Kapital. Proletarier, die noch nicht begriffen haben, daß sie durch ihr bloßes Dasein schon Staatsfeinde sind und sich demgemäß auch offen als solche betätigen müssen, werden sich auch von solch dummen Zeug betören lassen und unterliegen.

Sofort nach Erklärung des gesetzlich-friedlichen „Generalstreiks" setzte auch die offene Sabotage aller von den Proletariern selbst bezahlten Kapitalistenlakaien ein. Der „Streikausschuß", d. h. die Zentralstreikleitung hat selbst eine gesetzlich-kapitalistische Funktion übernommen „bei der Erledigung der Gesuche um Kohlenzuteilung" (an die Unternehmer)! (Reichenberger „Vorwärts", 6. Sept.) Daß dieser famosen Streikleitung eine telegraphische Solidaritätsbezeugung der Studenten (!), d. h. der Söhne der Zechenbarone zuteil wird, wie das Blatt in derselben Nummer mitteilt, ist demnach verständlich.

Aber auch die „Bruderorganisationen", geleitet von sozialdemokratischen „Führern" Amsterdamer und Moskauer gelbrötlichen Färbung „halfen" den „bedrängten Brüdern". Schon am 23. August bringt der famose „kommunistische" Reichenberger „Vorwärts" einen Aufruf „An die im Kohlenhandel beschäftigten Arbeiter und die gesamte Oeffentlichkeit" „Gegen die Praktiken der Kohlengroßhändler". Die „Praktiken" der Kohlengroßhändler sind einfache zwangsläufige kapitalistische Selbstverständlichkeiten, die Praktiken der Gewerkschaften und ihres Anhängsels, der im Solde des russischen Kapitals stehenden KPC. aber treten in diesem Aufruf als Streikbruchagenten als offener gemeiner Verrat an den kämpfenden Bergsklaven in die Oeffentlichkeit. Nachdem das „kommunistische" Blatt an der Spitze mitteilt, daß die Stimmlage gut, der Generalstreik allgemein sei, bis auf 100 Streikbrecher auf einer kleinen Grube in Göding, heißt es in dem Aufruf dann wörtlich:

„Da die gesamte Oeffentlichkeit durch den Bergarbeiterstreik beunruhigt ist, und man glaubt, daß, wie im Weltkriege, ein Kohlenmangel eintreten wird, suchen die Kohlengroßhändler in ihren Lagern große Kohlenvorräte aufzuhäufen. In vielen Orten wird deshalb die Arbeiterschaft zu erhöhter Arbeitsleistung mißbraucht und man arbeitet mit großer Ueberzeit. Die Kohlenzüge gehen bis in den späten Abend durch die Stadt. Wie machen die gesamte, im Kohlenhandel beschäftigte Arbeiterschaft darauf aufmerksam, daß das Gesetz über den Achtstundentag eingehalten werden muß und daß für Ueberstunden eine behördliche Bewilligung notwendig ist. Eine ansehnliche Anzahl von Arbeitern ist derzeit arbeitslos, und deshalb ist kein Grund für die Leistung von Ueberstunden vorhanden, da neue Arbeiter angestellt werden können. Wo trotzdem die Arbeiterschaft gegen das Gesetz zu Ueberstunden gezwungen wird und man ihr mit verschiedenen Drohungen kommt, möge das sofort den unterzeichneten Gewerkschaftsorganisationen mitgeteilt werden." (!!)

Unterzeichnet ist dieser Aufruf: „Der tschechoslowakische Verband der Kohlen- und Transportarbeiter und verwandter Zweige. Tschechoslowakische Union der im Handel und Transport Beschäftigten." Diesen sich offen als Streikbruchorganisationen betätigenden Gewerkschaftern genügt noch nicht der Streikbruch der schon beschäftigten Arbeiter, sie möchten den Streik wahrnehmen, um noch Arbeitslose als Streikbrecher in die Betriebe zu bringen, um den Unternehmern die drohende Betriebsstillegung wegen Kohlenmangel zu ersparen. Die Kohlenverteilung an die Unternehmer leitet und regelt dann die Zentralstreikleitung selbst. Die Kohlen, von denen oben die Rede ist und deren Aufhäufung die Gewerkschaften regeln und die „Streikleitung" an die Kapitalisten verteilt, kommen nämlich vom Auslande. Die ausländischen „Bruderorganisationen" der Berg- und Transportarbeiter (die polnischen und reichsdeutschen) „helfen" den böhmischen „Brüdern" nämlich auf dieselbe Weise, wie ihnen von den eigenen Gewerkschaften und „Kommunisten" im Interesse des Industriekapitals „geholfen" wird. Wie der Reichenberger „Vorwärts" am 6. September mitteilt, hat der sozialdemokratische Minister eine Vermehrung der Kohleneinfuhr vom Auslande genehmigt, da die Kohlenvorräte fast erschöpft und die Industrie dem Erliegen nahe sei; viele Betriebe arbeiteten schon kurz. Die sozialdemokratischen Parteien, die beide in der Regierung sitzen, haben nämlich ebenfalls den streikenden Bergarbeitern „ihre Unterstützung" zugesagt. Trotzdem deckt der „kommunistische" „Vorwärts" den Mantel der Moskauer Nächstenliebe über seine Kumpane in der Regierung. In dem eingangs erwähnten Leitartikel heißt es: „Wir wollen heute nicht davon sprechen, inwieweit die sozialistischen Mitglieder der Regierung mitverantwortlich sind." (!) Daß abwechselnd am Kopfe des russisch-kapitalistischen „Vorwärts" dann Schlagzeilen zu finden sind, wie z. B.: „Die aktive Solidarität des Gesamtproletariats muß angerufen werden", paßt nur zu gut in den Phrasenschwall, mit dem die russische „Internationale" den Verrat ihrer Agenten bemäntein läßt. Wo dann aber die Proletarier zur aktiven Solidarität drängen, läßt sich die Zentralstreikleitung gnädigst einen „ständigen" „Generalstreik" eines einzelnen Ortes vorschlagen. (Brüx, „Vorw.", 29. Aug.)

Daß diese „Streikleitung" von vornherein offen und ausschließlich im Dienste des Unternehmertums arbeitete, geht zweifelsfrei aus dem zuletzt angezogenen „Vorwärts" hervor, in einem Bericht vom 27. August entschuldigt sie sich beim Unternehmertum, daß diese Aussichten (um Kohlenzuweisung) nicht günstiger erteilt werden können. (!) Daß steht in derselben Nummer, in der die Unternehmer der „Produktionssabotage" bezichtigt werden, weil sie „systematisch überall ihre Betriebe stillegen". In derselben Nummer wird sonnenklar bewiesen, daß die „Streikleitung" bewußt mit den Unternehmern Hand in Hand an der Niederringung der Grubensklaven arbeitet. In einer Notiz der Redaktion wird bekanntgegeben, daß zwischen der Verwaltung der Rakonitzer Kohlengruben „Union" und dem Streikausschuß in Kladno ein Vertrag abgeschlossen wurde, daß die Arbeiter dieser Gruben wieder die Arbeit aufnehmen (!), weil ihnen bis zum 31. Dezember „nicht ein Heller vom Lohn abgezogen" wird! Daß die Zechenherren und ihre Bediensteten, die sogenannte Regierung unter diesen Umständen kein Interesse haben an Verhandlungen, wird auch dem einleuchten, der ziemlich beschränkt ist. Am 31. August teilt denn auch der „Vorwärts" mit, daß die Verhandlungen gescheitert sind und daß „die Bergarbeiterschaft im Kampf nicht erlahmen" darf. Ueber solchen „Kampf" und „Streikleitung" lacht sich nicht nur die Bourgeoisie ins Fäustchen, sondern ihre bewaffneten Büttel gegen die Proletarier sind sogar hell begeistert. Am 29. August schon bringt der „Vorwärts" noch eine Sympathiekundgebung der tschechoslowakischen Weißgardisten (!), die sofort schießen würden, wenn die Proletarier ernstlich an die Verteidigung ihrer Lebensinteressen gingen. Würdig reiht sich dann („Vorwärts", 31. August) eine Sympathieerklärung des Sekretärs des Zentralkomitees des Allrussischen Bergarbeiterverbandes an, eines Werkzeuges des russischen Herrscherapparate über das Proletariat.

Die Zerfallserscheinungen der bürgerlichen „Ordnung" haben den Proletariern den Blick so getrübt, daß sie ihre eigenen Lebensinteressen und ihre Totfeinde verkennen. Alle Handlungen der Streikleitung, der Gewerkschaften der „sozialistischen" Parteien, einschließlich der KPD. waren von der ersten Stunde an auf eine Niederlage der Bergarbeiter zugeschnitten. Moskau wird das verdecken, durch eine „Unterstützung", durch Geld nach der Niederlage. Durch eine „Goldmillion" wird der Zorn der verratenen Proletarier gemildert werden. Der russische Kapitalismus muß den tschechischen erhalten zu seinem eigenen Aufbau. Er hat deshalb ein Interesse an der Niederlage der Grubensklaven, damit diese nicht dem tschechischen Kapital ernstlich an den Kragen gehen und ihm das Lebensblut ausblasen. Die Silberlinge des Judas Ischariot werden „aufwiegelnde" Agenten der Gemeinheit, als die Münzen, die das russische Cäsarentum spenden wird, die aber sehr wahrscheinlich vom tschechischen Kapital selbst gespendet werden. Der Reichenberger „Vorwärts" treibt die Verdummungspolitik am Proletariat ganz offen und brutal. Am 4. September lenkt er die Proletarier ab durch eine Notiz, daß jüdische Advokaten und Fabrikanten mit Hakenkreuzlern kandidieren. Das nur ein Beispiel von vielen. Daß die Kapitalisten ob „jüdisch" oder „Hakenkreuzler" gemeinsame Interessen haben und diese gemeinsam vertreten, ist selbstverständlich. Den Proletariern sollte das Ansporn sein, sich ebenfalls als Klasse zusammenzuschließen und alle Klassenfeinde, gleichviel ob Kapitalisten oder die von ihnen bezahlten Berufsführer auszuschalten.

Wenn die tschechischen Bergarbeiter ihre Kampfmethoden nicht ändern, werden sie unterliegen. Entweder daß man ihnen den Lohn kürzt, oder die Warenpreise erhöht und ihnen den Lohn so wegtrickt. Durch das Prinzip ihrer Organisationen verschulden die Arbeiter das selbst. Nicht den mit der Bourgeoisie verschwägerten Führern, auch wenn sie sich fälschlich „Kommunisten" schimpfen, sollten sie die Führung übertragen, sondern diese selbst in die Hand nehmen.

Proletarier der Tschechoslowakei! Was ihr macht ist falsch! Eure Gewerkschaften waren einst zur Not genügend, als das Kapital sich in aufsteigender Linie befand. Heute befindet sich das Kapital in seiner Todeskrise und kann seine Sklaven nicht mehr ernähren. Das Proletariat selbst muß die Produktion übernehmen. Daran hindern euch eure Organisationen, weil sie nur im Kapitalismus, durch eure Ausbeutung Lebensmöglichkeit haben, und ihre Führer gehobene Positionen. Ihr müßt euch Organisationen schaffen, die nur eurem eigenen Willen gehorchen, in der ihr selbst bestimmt, durch welche das Gesamtproletariat zugleich in den Kampf treten kann. Die sog. „Kommunisten" haben vom russischen Kapital den Auftrag, (sie werden dafür von Rußland bezahlt) euch daran zu hindern, damit ihr dem Kapital nicht schädlich werden könnt. Ihr müßt euch im Betriebe organisieren, zu revolutionärer Betriebsorganisationen (B. O.), ohne Rücksicht auf Beruf, Alter und Geschlecht. Nicht alle Proletarier werden die Notwendigkeit zugleich einsehen. Aber diejenigen, die das erkennen, müssen damit beginnen, sie müssen als Bahnbrecher und Pioniere vorangehen. Eure Beispiel wird die Flauen und Verzagten mitreißen. Aber beginnen müßt ihr, solange ihr noch die Kraft habt. Sturz der bürgerlichen Gesellschaft, Diktatur des Proletariats muß die Parole sein!

Mitteilungen

Bezirksführer-Sitzung am Montag, den 17. Sept., abends pünktlich 18 Uhr, bei König, Lange Str. 54.

Achtung! Bezirkskassierer von Gr.-Berlin. Die allgemeine Mitgliederversammlung von Groß-Berlin beschloß am Freitag in den Andreas-Sälen: Die Beitragsmarken werden 14tägig ausgegeben und eingezogen. Diejenigen Genossen, die in der ersten Hälfte des betr. Monats ihren Beitrag nicht zahlen, müssen in der zweiten Hälfte den höheren Beitrag auch für die erste Hälfte zahlen. Es sind für Restanten nur die Marken zu kleben, die jeweils gültig sind. — Die Bezirks-Kassierer müssen am 15. und 28. jeden Monats abrechnen unter Rückgabe der alten Marken.

Achtung! Broschüren-Obleute! Die Schlußzeilzahl des bürgerlichen Buchhandels ist vom 14. Sept. ab 12 Millionen.

Verantwortlicher Redakteur: Arthur Liers, Neukölln. — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. — Inh. Emil Schubert, Charlottenburg. — Druck: W. Iankowski, O 17.

4. Jahrg. Nr. 72

Preis 800 000 M.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei, im Straßenhandel und durch den Verlag der K.A.P.D. Berlin NO 18, Landsberger Strasse 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6 Geöffnet täglich von 9—12 und 1—6 Uhr. Sonntags geschlossen. Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 49029.

Bezugspreise: Bei Bezug v. einzelnen Exemplaren durch d. Post: Halbmonatl. die im Kopf d. Zeitung aufgedruckt. Preise. Zahlung bis 5. bezw. 20. jed. Mts. Holland: 1 holl. Gulden monatl. Nach d. übrig. Ausland u. Vereinbarung

Die Toten reiten schnell!

In rasendem Galopp, von wildem Peitschengeknall umtost, stürzt die deutsche Mark in den jähen Abgrund. Das deutsche Kapital schwingt die Peitsche. Es nimmt gar keine Rücksicht auf die weitere Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Vergebens mahnt Herr Hilferding, daß das Kapital mit dem weiteren Verfall der Mark auch die deutsche Wirtschaft, den Boden, auf dem es aufgebaut sei, untergrabe. Herr Hilferding hat immer noch nicht begriffen, daß dem deutschen Kapital die deutsche Wirtschaft in ihrer jetzigen Gestalt gleichgültig ist, und daß man einen Leichnam wohl noch balsamieren, aber ihm nicht mehr Leben einhauchen kann. Das deutsche Reich hat aufgehört zu existieren, es ist in sich zerfallen. Die wirtschaftliche Entwicklung Mittel-Europas hat die Zerschlagung der nationalen Grenzen notwendig gemacht. Es ist dies nicht nur eine deutsche Erscheinung, sondern sie wird auch bald ihre zersetzende Tendenz im gesamten Kontinental-Europa offenbaren. Das europäische Festland muß, um sich nach den enormen wirtschaftlichen Schlägen, die es durch den Weltkrieg erlitten hat, gegenüber dem finanziellen und technischen Aufstieg besonders der Vereinigten Staaten von Amerika konkurrenzfähig zu erhalten bzw. zu werden, eine Struktur geben, durch die es organisatorisch allen wirtschaftlichen Möglichkeiten ausnutzen kann. Jeder Tag bringt von neuem Meldungen über die Ausdehnung der großen europäischen Konzerne, wie sie es immer mehr versteht, über die Landesgrenzen hinweg ihren wirtschaftlichen Machtbereich zu erweitern. Die ungeheure Expansionskraft ist das einzige Mittel, welches dem Kapital geblieben ist, um sich noch eine Atempause vor dem vollständigen Verfall zu verschaffen. Das europäische Kapital kann nur so ein Gegengewicht gegen die ungeheure amerikanische und die mit ihr verbündete englische Industrie- und Kapitalmacht schaffen. Es ist dies der einzige Weg, um sich von diesem, seit der Beendigung des Weltkrieges von mit unerhörter Schärfe einsetzenden Druck zu befreien. Diese Entwicklung sich entgegenstemmen zu können, ist eine der vielen kleinbürgerlichen Utopien, welche sowohl von der SPD., als auch von der KPD. noch geteilt wird. Die Vereinigten Staaten von Europa wird es in der Geschichte gewesen nicht geben, weil die zukünftige Entwicklung Staaten zerstören und auflösen wird. Diese Idee kann nur von pazifistischen Würden geboren sein, denen bürgerlich nationale Kultur als eine notwendige gesellschaftliche Grundlage erscheint. Der berüchtigte Auslandsredakteur der „Roten Fahne", Heinz Neumann, hat in Paris im Namen der KPD. vor dem französischen Proletariat sich folgenden klassischen Ausspruch unter stürmischer Zustimmung geleistet:

„Die deutschen Kommunisten stehen bereit, mit allen Mitteln, wenn es sein muß, mit der Waffe in der Hand, jeden Losreißungsversuch im Rheinland niederzuhauen und rechnen dabei auf eure aktive Mitwirkung. . ."

Wenn dies mit zu dem Programm der Arbeiter- und Bauernregierung gehören soll, so rechtfertigt sich sehr wohl für dieses Gebilde der Ausdruck „Regierung des Mondes". Es rechtfertigt sich dann auch die Verbindung der KPD. mit den nationalrevolutionären Massen des Mittelstandes". Nur Mondsüchtige können feststellen, daß „der Erfolg der Arbeiterklasse gesichert ist, wenn es ihr gelingt, die breiten Massen von Kleinbürgern und Bauern gegen die Bourgeoisie zu führen. Es ist dann doch wichtiger festzustellen, daß es immer noch verhältnismäßig revolutionärer ist, mit dem Großkapital gegen die Massen von Kleinbürgern und Bauern zu marschieren, als dem durch die geschichtliche Entwicklung schon völlig gestürzten Kleinbürgertum wieder zur Macht zu verhelfen.

Es bleibe den Teufel mit Beelzebub austreiben, wenn man die geschichtliche Entwicklung mit Gewalt zurückrevidieren will. Die großkapitalistische Entwicklung als solche kann dem Proletariat nur wünschenswert sein und zwar in doppelter Beziehung. Einmal erschöpft damit das Kapital seine letzten Möglichkeiten, anderseits räumt es dabei die Schutthaufen auf, welche die bisherige nationale Wirtschaft aufgerichtet hat. Der im Gefolge dieser Entwicklung sich vollziehende Zersetzungsprozeß bringt dem Proletariat die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit dem Kapital immer näher. Es sieht schon die Zerfallserscheinung der kapitalistischen Wirtschaft und macht sich mit dem Gedanken der Notwendigkeit ihres Sturzes vertraut. Es fallen auch die nationalen Illusionen, weil das Kapital selbst gezwungen ist, antinationale Wege zu gehen. Für die kleinbürgerliche Einstellung eines großen Teils des Proletariats ist es charakteristisch, daß es sich gegen die antinationalen Tendenzen des Kapitals wehrt und daß das Kapital ihm erst selbst die Illusionen austreiben muß. Das Kapital ist überhaupt, bedeutend beweglicher als das Proletariat, weil dieses insbesondere durch die von der Sozialdemokratie jahrzehntelang gepflegte Illusion vom Staat als alleinige Interessenvertreter der Allgemeinheit noch weiter fortwirkt.

Die Erhaltung der Republik ist auch heute noch das Ziel, um das das deutsche Proletariat die allerschwersten Opfer auf sich genommen hat und noch auf sich nimmt. Es soll dies kein Lob für das deutsche Proletariat sein, vielmehr nur eine Feststellung seiner unglaublichen Verbohrtheit (um nicht den Ausdruck Dummheit zu benutzen). Die Rubraktion kann deswegen nicht beendet werden, weil noch keine Form gefunden ist, durch die das Rheinland „politisch" dem deutschen Volk erhalten wird, während es „wirtschaftlich" dem französischen Kapital ausgeliefert werden soll. Freund Stresemann hat nicht mehr die Räumung des Ruhrgebietes verlangt, sondern die Verwirklichung des deutschen Zahlungsplanes nur davon abhängig gemacht, daß die deutsche Verwaltung im besetzten Gebiet wieder hergestellt wird. Selbst der schon längst nicht mehr vorhandene passive Widerstand soll aufgegeben werden. Die deutsche Re-

Der weiße Terror

Das Gesicht der „großen Koalition"

Die Sozialdemokratie weiß, daß sie nur noch eine Aufgabe hat: den Strick, den das Kapital um den Hals der Arbeiterklasse legte, zuzuziehen. Zu glauben, daß die kapitalistische Krise nicht mit Proletarierleichen ausgefüllt würde, dazu gehört ein politzeiwidriges Maß voll Dummheit.

Die Sozialdemokraten und Gewerkschaftler jedoch sind nicht so dumm, sie wissen, daß es nicht anders sein kann, daß sie ihre Existenz nur noch um diesen Preis erkaufen können.

Und deshalb tun sie — ihre Pflicht, ihre Pflicht ist nicht, diese von ihnen propagierten Mätzchen durchzuführen. Diese Reformen sind für diejenigen, die nicht alle werden. Hilferding ging wahrhaftig nicht in die große Koalition, um die „Finanzen zu sanieren". Die Herrschaften wissen, daß dies Unsinn ist. Gewerkschaften und SPD. gingen von neuem in die Regierung, weil das Kapital es befahl. Das Kapital befiehlt die sozialdemokratische Blutarbeit, und die Sozialdemokratie muß sie vollbringen und vollbringt sie. Wenn vollgefressene Bourgeois sich bereits abwenden von dem Leichengeruch, dann werden Sozialdemokraten erst Mut bekommen. In allernächster Zeit wird das deutsche Proletariat erneut und stärker als bisher zu spüren bekommen, wessen die Sozialdemokraten fähig sind.

In Sorau, in Dortmund, in Lörrach, im ganzen Reich ist das Pflaster der demokratischen Republik wieder rot gefärbt von Proletarierblut. Ueberall ist die „Ordnung" wieder hergestellt. Selbst in Sorau, bei den Webern, die nach Hause gingen mit 9 bis 15 Millionen die Woche. Der „Vorwärts" berichtet, daß die Gewerkschaften gerade auf dem Wege zum Bürgermeister waren, um zu verhandeln — da krachten bereits die Salven.

Die werden noch öfter krachen! Das ist erst der Anfang einer neuen Aera sozialdemokratischer Politik. Das sind erst die ersten „greifbaren" Erfolge der „großen Koalition". Man geht ganz systematisch vor.

Man vermeidet vorderhand noch, die politischen Stützpunkte der „großen Koalition" in Aufruhr zu bringen. Man will gegenüber Poincaré noch den starken Mann mimen. Man bietet alles auf, um die Hauptstädte so schlecht und recht vorderhand zu versorgen. Rebellionen in der Provinz sind bald zusammengeschossen. Dann kommen die Industriezentren daran. Man glaubt erst eine „Lösung" des Ruhrabenteuers finden zu müssen.

Denn: die Agrarier tun ebensogut, wenn sie ihre Waren verschenken, als daß sie sie für Hilferding-Märker liefern. Dann sucht man sie noch die Beförderung nach der Stadt. Denn die deutsche Mark, die von Hilferding gestützte, ist heute schon — an Devisen und Sachwerten gemessen — selbst mit ihren siebenstelligen Zahlen billiger als Klosettpapier. Es ist aus mit der kapitalistischen Wirtschaft und Organisation. Die Katastrophe, von der so viel geredet wurde, ist jetzt da! Die breiten Arbeitermassen werden glatt ausgeschifft, und gleich über den Ufern geschwommen. Fischen dem Verderben preisgegeben. Wer sich wehrt, der wird erschossen! Denn im „Vorwärts" ist zu lesen, daß durch die Unruhe das Unglück nur noch vergrößert würde, und dazu ist die Sozialdemokratie nicht verantwortungslos genug.

Die Hungerblockade der Junker wird deshalb bald in voller Schärfe einsetzen. Währenddessen organisiert sich auf dem Lande die Konterrevolution. Vor allen Dingen in Bayern, wo man schon jetzt öffentlich ankündigt, daß man sich bereits auf diesen Zeitpunkt vorbereitet. Die Agrarier legen sich bereits eine neue „Währung" zu, die Roggenwährung, und etablieren sich als Staat für sich. Das Industriekapital hat sich in die ausländische Währung gerettet und legt die Betriebe still. Es weiß, daß diese Demokratenrepublik bei ihrer Fahrt in die Katastrophe schon an der ersten Klippe auseinanderfällt, wie ein Haus von Dreck. Die Ratten verlassen das Schiff. Die Konterrevolution fährt ringsum schon ihre schwere Artillerie in Stellung. Bald werden die ersten schweren Treffer dem deutschen Proletariat wieder zum Bewußtsein bringen, was es heißt unter dem Kommando der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie in Burgfrieden und Vaterlandsverteidigung zu machen.

Bald werden den immermüden deutschen Arbeitssklaven bei ihrer täglichen Schufterei wieder die Kräfte versagen. Gründlich und grausam hat die letzte Komödie der KPD. erst bewiesen, daß deren Blechmusik und Parolentrommelfeuer ebenso lächerlich und dumm ist, wie ein Generalstreik mit den Händen in den Hosen. Immer unaufweichlicher und mit immer brutalerer Deutlichkeit drängt sich die Alternative vor die fiebernden Augen: Kampf auf Leben und Tod; Angriff auf die konterrevolutionäre Front und im unerbittlichen Ringen Niederwerfung einer bankrotten Gesellschaftsklasse: Kommunismus — oder schimpflicher und wohlverdienter Untergang.

Mit einem einzigen Schlage könnte das deutsche Proletariat sich seiner Peiniger entledigen und seinen Klassenfeind zerschmettern, wenn es nicht von diesen bezahlten und bestochenen Spionen kommandiert würde — und sich kommandieren ließe gegen sich selbst zu wüten. So aber tritt es in die Schlacht und wird bewußt dem Feuer der feindlichen Batterie ausgesetzt von den eigenen Henkern. Müssen erst wieder turmhoch Proletarierleichen liegen und der weiße Terror uneingeschränkt hausen, ehe es durch Blut und Tränen den Weg aus dem sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Irrgarten findet und diese ersten Festungen der Konterrevolution unter Feuer nimmt, um sie restlos niederzureißen?

Daß das deutsche Proletariat die Lehren seiner Kämpfe mit so unglaublichen Opfern seiner eigenen Klasse bezahlt, ändert nichts daran, daß die ökonomische und politische Krise es vorwärtspeitscht und die Arbeiterklasse auf der einen, die Gewerkschaften auf der anderen Seite sich gegenüberstehen, sich ins Weiße des Auges sehen und sich erkennen werden — als Feinde auf Leben und Tod.

Deutsche Proletarier! Bereit seine! Rüsten! Kampf um die proletarische Diktatur! heißt die Parole! Immer noch! Wollt ihr dem willenlos zugrunde gehen? Sind der Leiden noch nicht genug?

gierung verlangt nur eine Sicherheit, daß, sobald eine Vereinbarung über das Zahlungsprogramm zustande gekommen ist, das Ruhrgebiet sich wieder geräumt wird. Sie will dem französischen Kapital einreden, daß ein Sperling in der Hand doch bedeutend sicherer ist als eine Taube auf dem Dach. Bisher hat sich aber Herr Poincaré nicht so „dof" gezeigt, daß eine Berechtigung zu einer solchen Annahme bestünde. Im Gegenteil, das französische Kapital denkt gar nicht daran, dem deutschen Kapital noch eine Entschlüpfungsmöglichkeit zu lassen. Es sagt sich nicht mit Unrecht, daß eine zweite Ruhrbesetzung ihm viel kostspieliger kommen würde, und daß es fraglich sei, ob dann noch dieselbe günstige Lage bestünde. Wer hat, hat. Ein Versteckspiel hat keinen Zweck, und das französische Kapital ist gewillt, auf dem bisher beschrittenen Wege weiter zu gehen. Es weiß, daß das deutsche Kapital aus mehr als einem Grunde nicht mehr widerstandsfähig ist, und daß es alle Bedingungen annehmen muß. Die Lage der deutschen Wirtschaft zeigt deutlicher als alles andere, daß ein weiteres Durchhalten nicht mehr möglich ist. Der bisher zur Schau getragene Optimismus des deutschen Kapitals hat einem tiefen Pessimismus Platz gemacht. Alles drängt auf eine Liquidierung hin.

Hilferding hat in seiner letzten Rede ganz deutlich erklärt, daß die Lösung des Ruhrkonfliktes im Wege von beschleunigt geführten Verhandlungen gesucht werden muß, und daß es sich augenblicklich um die kritische Periode seit Gründung des Reiches überhaupt handelt. Er erklärt dann offen, daß das Reich nahezu zahlungsunfähig ist. Gleichzeitig beweist er, daß „ein ganz großer Teil der Bevölkerung von Reichsmitteln lebt, und daß außerdem ein erheblicher Teil des Betriebskapitals für die Aufrechterhaltung der mehr oder minder produktiven Arbeit im Ruhrgebiet aus Reichsmitteln geleistet wird". Diese Feststellung allein genügt, um auch dem größten Laien klar zu machen, daß die deutsche Wirtschaft zusammengebrochen ist. Der Reichskanzler hat versprochen, daß in zwei Wochen eine wertbeständige Währung da ist. Er hat aber geschwiegen, welche Sicherung hinter dieser wertbeständigen Währung stehen werden. Der Aufbau auf Gold und Devisen ist äußerst unwahrscheinlich, trotz der Annahme eines derartigen Antrages im Reichswirtschaftsausschuß, weil sich die wichtigsten Kapitalgruppen gegen diesen Antrag ausgesprochen haben. Die Industrie und die Landwirtschaft haben gegen diesen Antrag gestimmt und eigene Währungsprojekte vorgebracht, die einer glatten Sabotage gleichkommt. Das deutsche Kapital will das Kunststück fertig bringen, eine wertbeständige Währung ohne wertbeständige Unterlagen aufzubauen. Da der Zuschuß durch das Ausland fehlt, wie dies in Oesterreich der Fall war, so hofft man, daß man eine Währung auf den Kredit des deutschen Privatkapitals aufbauen kann. Man ist sich darüber klar, daß eine wesentliche Voraussetzung für alle derartigen Pläne ein Abbau der Ausgaben ist. Es will sowohl der Staat, als auch das Privatkapital davon in weitgehendstem Maße Gebrauch machen. Vorläufig soll ein Drittel der Beamten entlassen werden. Die Forderung des Privatkapitals geht noch bedeutend weiter. Es hält eine Herabsetzung um zwei Drittel, d. h. auf den Vorkriegsstand, für möglich. Es argumentiert dabei folgendermaßen: Die Heraufsetzung der Beamtenzahl ist eine Folge der Inflation. Durch Verwaltungsmaßnahmen sollte der Inflation entgegengewirkt werden. Der Erfolg war, daß sie gerade dadurch großgezogen wurde. Mit dem Abbau der Inflation muß auch der ganze Apparat abgebaut werden. Dazu gehört vor allem die Ausfuhr, Regulierung und Kontrolle. Da die Inlandspreise das Weltniveau überschritten hätten, liege kein Grund für eine Zwangswirtschaft mehr vor. Es müsse auch in der Privatindustrie eine erhebliche Vereinfachung durch die Einführ einer wertbeständigen Währung eintreten. Insbesondere müsse das ungeheuer angeschwollene Büropersonal verschwinden. Die Banken haben schon damit begonnen, indem sie alle Kunden, deren Konto nicht mindestens 500 Millionen beträgt, kündigt. Die größte Sorge von Herrn Hilferding ist, wie er der dadurch eintretenden schweren Erwerbslosigkeit Herr werden wird. Er beabsichtigt, die Arbeiterschaft zu einer Erwerbslosenversicherung heranzuziehen. Er glaubt, daß die bisherigen Lasten des Proletariats noch nicht genug sind, er entfaltet eine große Reklame gegen den Totengräber Inflation, und erklärt wörtlich:

„Gegenüber der Inflation jeder Steueranspannung eine Wohltat, die man dem Volk erweist, ebenso jeder Ausgabenbeschränkung, wenn sie auch im ersten Augenblick noch so hart scheinen mag, ist auf die Dauer ein Deinst am Volke." Solche Wohltaten scheint Herr Hilferding in weitestem Maße zu beabsichtigen. Die Lorbeeren, welche Noske als Militärdiktator gesammelt hat, scheinen Herrn Hilferding zu locken. Noske hat die Arbeiter durch die Reichswehr niedergeknüppelt, Hilferding führt den noch lebenden Rest dem Hungertod entgegen: Gleiche Brüder, gleiche Kappen. Die Drosselung der Ausgaben für das Reich bedeutet nichts weiter als einen ungeheuren Druck auf das Proletariat. Hilferding hat ganz offen ausgesprochen, daß es seine Aufgabe ist, auf jeden Fall den Bürgerkrieg zu vermeiden, er hat versucht, den Nutznießern der jetzigen Wirtschaft klar zu machen, daß jedes „Opfer" „eine Versicherungsprämie, die sie sich selbst zahlen", bedeutet. Hilferdings Versicherungsprämienidee wird das Kapital äußerst kühl lassen. Es hat sich schon beim französischen Kapital rückversichert, und deshalb braucht es nicht mehr die Versicherungsprämie zu zahlen.

Das deutsche Proletariat hat die Aufgabe, die Noskemethoden Hilferdings revolutionäre Energie entgegenzustellen. Es muß erkennen, daß es nicht seine Aufgabe ist, das Kapital zu retten, sondern es zu stürzen und selbst sein Geschick in die Hand zu nehmen. Solange das Proletariat den Weg des Kapitals geht, wählt es den Weg zum Untergang in der Barbarei. Es muß daher seinen eigenen Weg, den Weg der Revolution gehen.

* * *

Die Danziger Hafenarbeiter sind in den Ausstand getreten. Die Ursache des Streiks ist in den Lohndifferenzen zu suchen. Die Hafenarbeiter fordern einen Tarifvertrag von 300 Millionen Mark. Die Arbeit im Hafen ruht vollständig.

Diejenigen

Leser der „KAZ.", die dieselbe bisher am Postschalter abonniert und bezahlt haben,

bekommen keine „KAZ." mehr

vom 1. Oktober ab zugestellt, wenn dieselben uns nicht sofort ihre genaue Adresse mitteilen. Die „KAZ." steht vom 1. Oktober ab nicht mehr in der Postzeitungsliste, d. h. sie ist außer bei der Parteiorganisation am Ort nur beim Verlag, Berlin NO 18, Landsberger Str. 6, zu abonnieren und zu bezahlen.

Liquidierung der Ruhraktion und Währungsexperimente

III.

Der Reichskanzler sagte in seiner berühmten Rede: „Wir müssen ein Volk der Arbeit werden. Es ist ein Verbrechen, wenn einer nicht so arbeitet, wie wir wollen." Er fordert eine Ueberspannung der Arbeitszeit einiger Betriebe einzelner Zweige der deutschen Wirtschaft, die noch exportfähig sind und dies ausnutzen können, gegenüber anderen, die brach liegen und damit die ungeheure Arbeitslosigkeit vermehren. Mit diesem Wege, der heute der einzige Weg für das deutsche Kapital ist, erklären sich die Gewerkschaften einverstanden, indem sie in ihrer Kundgebung vom 8. September „Umgruppierung der Arbeitslosen" fordern, um die Produktionsmöglichkeiten des deutschen Kapitals zu erhalten. Die Gewerkschaften übernehmen die Arbeit, die Erwerbslosen dorthin zu werfen, wo das deutsche Kapital sie notwendig hat, um mit der kapitalistischen Politik durch dick und dünn zu gehen.

Nachdem festgestellt ist, daß auch die Einführung der Goldnote kein Mittel darstellt, den Verfall der deutschen Wirtschaft aufzuhalten, da sie ebenfalls inflatorisch wirken wird, wenn keine außenpolitische Lösung gefunden wird, wollen wir eine solche selbst ins Auge fassen. Der englische Nationalökonom Keynes, der bisher am stärksten der deutschen Auffassung entgegen kam, erklärte jüngst, daß man doch mindestens 50 Milliarden Goldmark als Reparationssumme von deutschen Kapital verlangen müsse. Die französische Forderung beträgt 26 Milliarden Goldmark, und außerdem verlangt Frankreich Streichung seiner interalliierten Schulden. Belgien fordert 12 Milliarden, zusammen mit dem Betrag, den es Amerika schuldet. Keynes sagt dann zum Schluß, Deutschland kann eine solche Regelung annehmen, da es bei dieser ganz günstig fahren wird, indem das deutsche Kapital dann jährlich etwa 2—2½ Milliarden zu zahlen hat, je nachdem die Verzinsung zu 5 oder 5 vH. erfolgen würde.

Im Januar dieses Jahres konnte das deutsche Kapital glatt die zwei Milliarden aufbringen, aber bei dem jetzigen Zustand der Wirtschaft ist nicht mehr daran zu denken. Mindestens 12—14 Milliarden Goldmark sind inzwischen für die Ruhraktion verpulvert worden, also Beträge, die etwa für 7 Jahre ausgereicht hätten. Wenn jetzt also die 2 Milliarden noch hinzukommen würden, würde sicher das alte Defizit im Staatshaushalt da sein, das allerdings ungleich stärker wirken würde, da die jetzigen laufenden Einnahmen aus der deutschen Wirtschaft in keinem Verhältnis zu den laufenden Einnahmen im Dezember 1922 stehen. Einige kurze Beispiele zur Erläuterung: Die deutsche Ausfuhr betrug vor dem Kriege etwa 10 Milliarden Goldmark, im Jahre 1922 noch ca. 6 Milliarden Goldmark, um dann seit Mai 1923 einen rapiden Absturz zu nehmen. Mai 1923 machte die Ausfuhr nur noch 604 Millionen Goldmark aus, sank im Juni auf 384 Millionen, um im Juli auf die ganz verschwindende Summe von 104 Millionen Goldmark herunterzukommen. Im August drohte sie dieses Niveau von 100 Millionen noch nicht einmal erreichen, auch ein Beweis dafür, daß seit einem Dollarstande von über 100 000 M. die Geldentwertung gegen die Konjunktur geschlagen hat und ein Export nicht weiter möglich war. Dies ist nur der beste Beweis dafür, daß die restliche deutsche Wirtschaft seit der Abschnürung von Rheinland-Westfalen nicht weiter lebensfähig ist und als selbständige Wirtschaft kam noch angesehen werden kann. Soweit inländische Produktion für die Verarbeitung in Frage kam, hat das Restgebiet eine enorme Einfuhr haben müssen, infolge der Valutablockade hat sich auch herausgestellt, daß englische Kohle in Deutschland nur halbsoviel kostet wie deutsche Kohle, und auch die Erze des westfälischen Siegerlandes ganz bedeutend teurer als die von Spanien eingeführten kamen. Der Wirtschaftsminister Raumer hat mit Recht die Einführung von Kohle als eine Frage der öffentlichen Sicherheit bezeichnet, und aus diesem Grunde wird sie auch nur eingeführt, um als eine neue Illusion das deutsche Proletariat zum Ausharren innerhalb der deutschen Wirtschaft zu bewegen.

Es kämen dann noch weiter die sogenannten „Goldsteuern" in Frage, die eingeführt werden sollen und aus denen man einen einigermaßen hohen Betrag erhofft. Jedoch ist diese Einführung von Goldsteuern für die deutsche Wirtschaft jetzt verhängnisvoll, da sie diese nicht mehr tragen kann. Der ungeheure Währungszerfall hat in Deutschland Ueberweltmarktpreise hervorgerufen, mußte ein Tanzen der Parifäten veranlassen, so daß eine genaue Kalkulation für die Unternehmer unmöglich ist. Wenn aber in einer Wirtschaft jeder Maßstab aufhört, bricht sie mit Notwendigkeit zusammen.

Bei der Beurteilung der Frage, warum das Restgebiet die weitere Bezahlung des Ruhrkampfes verweigert, tritt entscheidend die unabänderliche Tatsache hinzu, daß Rheinland-Westfalen vom Restgebiet abgetrennt wird und daher kein Interesse mehr an der Fortführung des Ruhrkampfes besteht. Unter diesen Umständen sieht sich das Kapital des Restgebietes veranlaßt, den Trennungsstrich zwischen sich und dem rheinisch-westfälischen Kapital zu machen. Dieser Trennungsstrich wird aber eine vollkommene Umstellung innerhalb des Restgebietes zur Folge haben. Es wird notwendig sein, die Organisation, die man bei der Abtrennung von Rheinland-Westfalen aufgebaut hat, weiter zu verstärken. Im Restgebiet wird die Beschäftigung immer geringer werden, wie das z. B. schon in der Elektrizitätsindustrie durch Mangel an Aufträgen der Fall ist. Dieser Mangel wird noch weiter verschärft werden durch die Valutablockade, die auch andere Industrien, z. B. die Textilindustrie in Sachsen, vollständig brachlegt. Einzig und allein die chemische Industrie ist noch gut beschäftigt, aber sie liegt zum größten Teil in Süddeutschland, d. h. in einem Gebiet, das schon seit langem hauptsächlich für den Export arbeitet und sich in sich abgekapselt hat. Die Abkapselung von Bayern ist kein Zufall, und wird auch noch weiter durchgeführt werden. Man legt in Bayern schon die Reichs-Devisenordnung so aus, daß man nichts abzugeben braucht. Man wird im Rheinland ebenfalls Auslegungsversuche machen, wenn man in Wirtschaftsverbindung mit Frankreich kommt. So wird eine Sabotage der genannten Gebiete einsetzen, die sich als wirtschaftliche Ueberschußgebiete fühlen und wissen und sehen, daß eine Verbindung mit dem Restgebiet keinen Vorteil bringt.

Wenn man einen Schluß aus diesen Betrachtungen zieht, so kann folgendes festgestellt werden: Die weltwirtschaftliche Lage hat sich weiter ganz erheblich verschärft. Die teilweise Hochkonjunktur ist im Abflauen begriffen. Die Erschütterungen, die durch das Ausscheiden Deutschlands aus dem kapitalistischen Komplex hervorgerufen werden, lassen sich nicht einfach überwinden. Als Marxist kann man hier nicht einfach den Maßstab anlegen, als ob sich alles wieder zusammenfügen wollte. Es läßt sich nichts überdecken, wenn ein Zusammenbruch Europas eintritt, wie er mit Notwendigkeit die Folge sein wird. Diese Entwicklung bleibt nicht ohne Einfluß auf die Gesamtlage des Weltkapitals, und es ist festzustellen, daß der deutsche Zusammenbruch schon ganz ungeheure Veränderungen hervorgerufen hat. Der französische Franken ist um 22 vH. gefallen und der belgische Franken noch weiter. Wenn es dem französischen Kapital nicht gelingt, nach der Vereinzung mit dem rheinisch-westfälischen eine Balanzierung seiner Wirtschaft vorzunehmen, wird es ebenfalls den Weg des deutschen Kapitals gehen. Augenblicklich ist Frankreich das bestbeschäftigte Wirtschaftsgebiet der Welt, denn man hat dort nach der offiziellen Statistik nur 2169 Arbeitslose gezählt, also so gut wie keine Arbeitslosigkeit. Aber diese minimale Arbeitslosigkeit ist nur möglich durch die enormen Reserven, die im Rheinland und für den Kampf im Ruhrgebiet investiert wurden. Aber diese Reservearmee muß nicht nur aufrecht erhalten werden, sondern man muß sich auch rüsten, und damit beginnt wieder der alte Wettkampf zwischen dem französischen und englischen Kapital. Ein Wettkampf, der, im Weltmaßstabe gesehen, zur vollkommenen Auflösung führen kann. Frankreich übernimmt hierbei die Rolle von Hindenburg und Ludendorff, indem es wie diese auf eine Weltmachteroberung ausgeht. Eine Weltmachteroberung, die genau so zusammenbrechen muß und wird, wie die Welteroberungspläne Napoleons. Das französische Wirtschaftsgebiet ist nicht imstande, seine Kapitalisten ohne derartige überschüssige Akkumulation hervorzubringen, um solche weltverzweigten Interessen zu erhalten. Es kann nicht nach Polen, Tschecho-Slowakei, Griechenland, Asien und Afrika, bis nach Rußland hinein, seine Macht ausdehnen, ohne zusammenzubrechen. Den Weg, den es jetzt mit Deutschland begonnen hat, muß es vorwärts gehen.

Es liegt der Zwang vor, auf dem kontinental-europäischen Gebiet alles zu ergreifen, um nicht selbst erfaßt zu werden. Frankreich sieht, daß man sich an allen Ecken und Enden rüstet und Zusammenballungen erfolgen. Am Balkan, nach Polen hin, überall muß es, um zu beruhigen, seine Truppen, seine Industrieprodukte, seine Kredite hinwerfen, damit dort nicht die Opposition gegen seine Unterdrückung wächst. Das ist der Charakter der französischen Herrschaft. Sie beruht nicht allein auf einer militärischen, sondern auch auf einer kapitalistischen Verausgabung seiner eigenen Substanz bis aufs äußerste. Um sich kontinuierlich zu halten, pumpt es seine Wirtschaft von selbst aus, dadurch, daß es über die Grenze seiner Macht hinweggeht. Selbst die Zusammenschweißung des französischen mit dem deutschen Kapital wird dieses nicht verhindern können, und die Drohung des deutschen Kapitals, es werde mit Frankreich einen Block gegen England bilden, wird eine noch schärfere Zuspitzung hervorrufen, als schon bisher war. Das „Gott strafe England" des deutschen Kapitals im letzten Kriege wird wieder einmal gebraucht werden, in dem gemeinsamen Kampf des französischen und deutschen Kapitals. Man kann der Ueberzeugung sein, daß eine Verbindung des rheinisch-westfälischen Kapitals mit dem französischen Kapital von dem deutschen Kapital kaum somals wieder umgeworfen werden könnte, da sie in ihren Lebensinteressen auch in Zukunft trotz mancher Schwankungen untrennbar miteinander verbunden sein werden. Die Entwicklung des Kapitalismus geht heute nicht darauf aus, die alten Nationalstaaten wieder herzustellen, sondern unabhängig davon, nach wirtschaftlichen Erwägungen eigene Gebilde zu schaffen, die trotzdem miteinander zur Auflösung verdammt sind, wenn wir sie unter dem Gesichtspunkt der weltwirtschaftlichen Lage des Kapitals betrachten.

Schon immer ist von uns betont worden, daß die Todeskrise des Kapitals da ist. Die Krise des deutschen Kapitals ist nur eine Teilkrise, die aber nicht überwunden werden kann, sondern sich immer weiter in den kapitalistischen Körper hineinfrißt, einen Teil nach dem anderen ergreift und die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit nackt und brutal enthüllt. So wie heute das deutsche Kapital vor der Welt und vor dem Gesamtproletariat dasteht, so nackt und brutal wird auch das Kapital in den übrigen kapitalistischen Ländern binnen kurzem dastehen. Es werden alle Illusionen, die das deutsche Proletariat überwunden hat, von den anderen Proletariern noch zu überwinden sein, aber sie werden sie ebenfalls an den Tatsachen und Erfahrungen des deutschen Kapitals merken. Genau so wie das deutsche Proletariat den Weg Oesterreichs gesehen hat, so wird das englische Proletariat den Weg Deutschlands sehen und seine Folgerungen daraus ziehen müssen, und auch das französische Proletariat sieht schon jetzt, wohin der Weg führt.

(Schluß folgt.)

Es genügt nicht nur, dass

für den Inhalt der „KAZ." für richtig und gut befindet, sondern durch unermüdliche Propaganda für eure Presse muß erreicht werden, daß

der Leserkreis größer wird

Rundschau

Das Eingeständnis

„Vorwärts" Nr. 217: Die Reichsregierung hat bisher eine von vielen nicht begriffene Zurückhaltung gegenüber den traurigen Resultaten der Cuno-Regierung an den Tag gelegt und immer nur in allgemeinen Andeutungen, aber niemals mit konkreten Angaben das Erbe beleuchtet, das sie hat antreten müssen. Dabei wurde rücksichtslose Offenheit den demagogischen Anfällen der Deutschnationalen viel mehr den Boden entziehen. Um so anerkennenswerter ist die Deutlichkeit, mit der der Zentrumsminister Hirtsiefer die Bilanz der Cuno-Politik auf einer Brandenburger Delegiertenversammlung des Zentrums bezogen hat:

„Alles geht jetzt um die Lösung der Ruhrfrage. Ein Gebiet, das zu 12 Millionen Menschen, den fünften Teil der ganzen deutschen Bevölkerung umfaßt und vor dem Kriege den bedeutendsten Ueberschuß für das Reich lieferte, ist aus der deutschen Wirtschaft herausgenommen und wird seit neun Monaten von dem leistungsschwächeren Vierfünftel, da es selbst nicht produzieren kann, erhalten. Der Beginn dieses Experiments war ein gewaltes Unterfangen. Der Ausfall der Reichseinnahmen — Eisenbahn, Post, Steuern — hatte das tragische Ergebnis, das die Mark, die zu Beginn nur eine Null hinter der Eins zeigte, jetzt mit sechs Nullen — verglichen mit dem Friedenswert — dastehe. Gewiß, wir konnten an der Sache nicht ohne weiteres vorbeikommen und mußten zeigen, daß wir nicht alles mit uns machen ließen, aber wir durften nicht erwarten, daß man auf die Dauer einen aktiven Gegner mit Passivität belohnen kann. Wer prügelt, hält es immer länger aus als der, der die Schläge bekommt. Es hätte schon viel früher und aktiver auf eine vernünftige Liquidierung des Ruhrabenteuers hingearbeitet werden müssen. Es war ein großer Fehler, daß man, einem Monat verfolgten Politik, daß man geglaubt hat, England würde uns zu den Lagen der Lage herausreißen. (Gelächter.) Solche Leichtgläubigkeit haben wir in führender Stellung gehabt. (Hört, hört!) Das Hinschielen nach England hat uns in die jetzige Lage gebracht. Bilden wir uns doch nicht ein, die ganze Welt habe ja nichts Wichtigeres zu tun, als uns aus dem Ruhrabenteuer herauszubringen. Der Konflikt Italiens mit Griechenland und Jugoslawien interessiert gegenwärtig die europäischen und außereuropäischen Völker und Staatsmänner viel mehr als das deutsche Ruhrproblem. Klar ist für uns heute das eine, daß das Ruhrabenteuer von uns nicht dauernd durchgehalten werden kann. Die großen unproduktiven Ausgaben des Reiches für dieses Unternehmen sind der tiefste Grund für den Marktverfall. Je weniger Illusionen wir uns in dieser Sache machen, um so besser."

Man braucht diesem Geständnis wohl nichts mehr hinzuzufügen, um so weniger, als auch der Sozialdemokratische Parlamentsdienst seinem Herzen in demselben Blatt Luft macht und gesteht: „Wir können die gegenwärtigen Zustände nicht länger ertragen." Es scheint diesmal also ohne verborgene Hände zu gehen, nachdem sich dem Kapital Monate lang die Hasen in die Küche gejagt, und dem übelsten Chauvinismus Tür, und Tor öffnete. Die Ausreden Herrn Stresemanns und Hilferdings waren also für die Katze. Poincaré ist unbeliebt, und besteht auf seinen Schein. Zu reden ist mit ihm lediglich über nötwendig gewordene Blutbäder unter der zur Verzweiflung getriebenen Arbeiterklasse, und dies ist alles, was der Sozialdemokratie an „Politik" noch zu tun übrig bleibt, wenn das Proletariat diesem Spiel nicht zusehen will. Es läßt sich nichts überdecken, wenn ein Zusammenbruch Europas eintritt, wie er mit Notwendigkeit die Folge sein wird. Diese Entwicklung bleibt nicht ohne Einfluß auf die Gesamtlage des Weltkapitals, und es ist festzustellen, daß der deutsche Zusammenbruch schon ganz ungeheure Veränderungen hervorgerufen hat. Der französische Franken ist um 22 vH. gefallen und der belgische Franken noch weiter. Wenn es dem französischen Kapital nicht gelingt, nach der Vereinzung mit dem rheinisch-westfälischen eine Balanzierung seiner Wirtschaft vorzunehmen, wird es ebenfalls den Weg des deutschen Kapitals gehen. Augenblicklich ist Frankreich das bestbeschäftigte Wirtschaftsgebiet der Welt, denn man hat dort nach der offiziellen Statistik nur 2169 Arbeitslose gezählt, also so gut wie keine Arbeitslosigkeit. Aber diese minimale Arbeitslosigkeit ist nur möglich durch die enormen Reserven, die im Rheinland und für den Kampf im Ruhrgebiet investiert wurden. Aber diese Reservearmee muß nicht nur aufrecht erhalten werden, sondern man muß sich auch rüsten, und damit beginnt wieder der alte Wettkampf zwischen dem französischen und englischen Kapital. Ein Wettkampf, der, im Weltmaßstabe gesehen, zur vollkommenen Auflösung führen kann. Frankreich übernimmt hierbei die Rolle von Hindenburg und Ludendorff, indem es wie diese auf eine Weltmachteroberung ausgeht. Eine Weltmachteroberung, die genau so zusammenbrechen muß und wird, wie die Welteroberungspläne Napoleons. Das französische Wirtschaftsgebiet ist nicht imstande, seine Kapitalisten ohne derartige überschüssige Akkumulation hervorzubringen, um solche weltverzweigten Interessen zu erhalten. Es kann nicht nach Polen, Tschecho-Slowakei, Griechenland, Asien und Afrika, bis nach Rußland hinein, seine Macht ausdehnen, ohne zusammenzubrechen. Den Weg, den es jetzt mit Deutschland begonnen hat, muß es vorwärts gehen.

Es liegt der Zwang vor, auf dem kontinental-europäischen Gebiet alles zu ergreifen, um nicht selbst erfaßt zu werden. Frankreich sieht, daß man sich an allen Ecken und Enden rüstet und Zusammenballungen erfolgen. Am Balkan, nach Polen hin, überall muß es, um zu beruhigen, seine Truppen, seine Industrieprodukte, seine Kredite hinwerfen, damit dort nicht die Opposition gegen seine Unterdrückung wächst. Das ist der Charakter der französischen Herrschaft. Sie beruht nicht allein auf einer militärischen, sondern auch auf einer kapitalistischen Verausgabung seiner eigenen Substanz bis aufs äußerste. Um sich kontinuierlich zu halten, pumpt es seine Wirtschaft von selbst aus, dadurch, daß es über die Grenze seiner Macht hinweggeht. Selbst die Zusammenschweißung des französischen mit dem deutschen Kapital wird dieses nicht verhindern können, und die Drohung des deutschen Kapitals, es werde mit Frankreich einen Block gegen England bilden, wird eine noch schärfere Zuspitzung hervorrufen, als schon bisher war. Das „Gott strafe England" des deutschen Kapitals im letzten Kriege wird wieder einmal gebraucht werden, in dem

listen zu streichen. Da die Umsätze in Mark vollständig aufgehört hätten, habe man allgemein beschlossen, diese nutzlos gewordene Valuta nicht mehr zu notieren. Das geschah eigentlich sehr spät, weil damit ein Stück Illusion nicht mehr zu konstruieren wären. Es ist doch immerhin bemerkbar, daß der Dollar gegenüber der Mark nach einem Steigen von 100 Millionen um eine Million sinkt.

Zu Unrecht bestraft

Die „Rote Fahne" vom Sonntag, den 16. September enthält einen langen Beschwerdebrief an die Regierung, in dem sie klipp und klar nachweist, daß sämtliche Verbote zu Unrecht erfolgt sind. Es heißt am Schluß des Schreibens:

„Wenn nun die neue Regierung schon jetzt von dem letzten Verlegenheitsmittel ihrer gestürzten Vorgängerin Gebrauch macht, so wird in weiten Kreisen der Bevölkerung der Eindruck erweckt, als ob auch die neue Regierung schon so erschüttert sei, daß sie die verfassungsmäßig gewährleistete freie Kritik der Opposition nicht vertragen könne. Pressordonnanzen werden nach den geschichtlichen Erfahrungen als Vorzeichen naher Regierungskrisen und Staatsumwälzungen angesehen. Es ist daher nicht verständlich, wenn eine Regierung, die nach ihrem Programm Ordnung und Frieden auf dem Boden der Demokratie zuversicht erhalten will, weite Kreise der Bevölkerung durch antiproletarische diktatorische Maßnahmen an der freien Aussprache hindert und damit die Kämpfe auslöst, die sie nach ihren Kundgebungen vermeiden will."

In Vollmacht des betreffenden Verlages der Tageszeitungen: 1. „Die Rote Fahne, Zentralorgan der KPD."; 2. „Die Rote Fahne für die Provinz Brandenburg", 3. „Die Rote Fahne der Lausitz", 4. „Die Volkswacht, Organ der KPD. für Mecklenburg, Lübeck, Schleswig, Holstein und Pommern", Friedrichstadt-Druckerei, G. m. b. H., Halle. Leiter der Juristischen Zentralstelle der KPD."

Man muß den Angaben der KPD. vollinhaltlich zustimmen. Sie hat recht damit, daß sie gar nicht daran denkt Kämpfe auszulösen, vielmehr die Regierung selbst der treibende Keil ist, die gerade durch das Verbot der „Roten Fahne" den Anschein erweckt, als wollte die KPD. etwas. Daß die Maßnahmen der Regierung der KPD. völlig unverständlich sind, beweist deren kindliche Naivität zur Gestalte. Hoffentlich überlegt sich die Regierung die Sache in Zukunft und läßt die „Rote Fahne" ungehindert erscheinen. Auch wäre es angebracht, nach diesem Eingeständnis der Unterzeichneten, die KPD.-Presse durch Reichsmittel zu unterstützen.

Wie sie lügen!

Die Grammophonredner der KPD. haben auf ihrer Referentenplatte für den letzten „Betriebsrätekongreß" bekanntlich auch wieder einen KAPD.-Mann; auch berichtet die „Rote Fahne" von diesem ungemein wichtigen Ereignis. Wir haben schon in Nr. 71 behauptet, daß die Teilnehmerlisten in diesem Sinne selbstverständlich vorher fertig wären. In einer Erwerbslosenversammlung in Lichtenberg, die am 14. 9. stattfand, konnte nun dieser neueste Schwindel durch unsere Genossen aufgedeckt werden. Ein KPD.-Mitglied war so unvorsichtig, den Namen des „KAPD.-Genossen" zu nennen und siehe da, dieser „KAPD.-Genosse" entpuppte sich als der Versammlungsleiter der betreffenden Versammlung, und als Mitglied des Erwerbslosenrates. Er mußte selbstverständlich zugeben, daß er geschwindelt hatte. Daß diese öffentliche Blamage dazu beitragen wird, diese Schwindeleien in Zukunft zu unterlassen, möchten wir allerdings bezweifeln. Die Katze läßt das Mausen, und die KPD. das Schwindeln nicht. Die „Essen" „stellen fest", daß sogar „4 Mitglieder jener abgespitzten Berliner Richtung als Delegierte von Erwerbslosen und Schachtanlagen anwesend waren" und fühlen sich bemüßigt zu erklären, daß und so — Komische Käuze, deren einziges Bestreben darin besteht, selbsterfundene Mätzchen zu glossieren. Bemitleidenswerte Geschöpfe diejenigen, die diesen Kohl als „Politik" hinnehmen und sich dabei genügen lassen.

Das Bekenntnis eines Sozialdemokraten

Erklärung Sollmanns.

Köln, 18. September. (Mtb.) Ein Redaktionsmitglied der „Rheinischen Zeitung" hatte eine Unterredung mit dem Reichsminister des Innern Sollmann über die Ziele der Reichsregierung. Der Minister sagte u. a.: Als Reichsminister des Innern beschäftige sich mit der Frage der Beendigung des Ruhrunternehmens, mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, mit der Währungsreform und mit der Besserung unserer Ernährungslage.

Sollman kam dann auf die letzte Rede Poincarés zu sprechen, wobei er betonte, diese Rede habe manche Illusionen zerstört, die in der letzten Zeit, allerdings nicht bei der Reichsregierung, entstanden seien. Demnach werde es Ende September großen Entscheidungen im Westen nicht hinauszögern. Binnen kurzer Zeit werde man ernste Entschlüsse fassen müssen. Das Kabinett sei mit Stresemanns außenpolitischer Führung völlig einverstanden. Die Minister seien sich einig. Ueberall müsse man sich aber klar sein, daß der Kampf an der Ruhr nur mit einem für Deutschland sehr harten Frieden beendet werden kann. Die Reichsregierung werde nur in enger Verbindung und in voller Einmütigkeit mit dem besetzten Gebiet verhandeln können. Wichtig sei es, daß vier Minister aus dem besetzten Gebiet stammen. Ihm scheine die Einigkeit der rheinischen Parteien und der wirtschaftlichen Organisationen, soweit die Rheinlandpolitik in Betracht komme, etwas notwendiges gewesen zu sein, als in den kommenden Monaten. Wer diese Front zerreiße, besorge die Geschäfte der Imperialisten Frankreichs.

Sollmann ging dann auf die drohende Arbeitslosigkeit ein. Die Reichsregierung, sagte er, bereite eine Abänderung der Stillegungsverordnung vor.

zu Massenentlassungen vorzubeugen.

Ein Ausbau der produktiven Erwerbslosenfürsorge sei vorgesehen.

Große Sorge mache die Frage, wie die Ernte schleunigst auf den Markt gebracht werden könne. Wir müßten deshalb in diesem Monat mit einem wertbeständigen Zahlungsmittel herauskommen, um die Ernte auf den Markt zu bringen.

Die innere Politik der Regierung gehe dahin, unsere Unruhen zu vermeiden. Es käme nur darauf an, die Massen diejenigen Maßnahmen zu ersparen. Sollten trotzdem Dummheiten geschehen, würden sie sich in der Kraft der Republik ersticken. Die militärische und politische Macht sei stärker als jemals seit der Revolution.

Bezüglich des Achtstundentages sagte Sollmann: „Wir bleiben auf unserem seit langem eingenommenen Standpunkt, daß der Achtstundentag grundsätzlich aufrecht erhalten bleiben muß, während Mehrarbeit zu leisten ist, wo die Interessen der Gesamtheit es erforderlich machen."

Also genau dasselbe, was der Herr Stinnes ebenfalls sagt: Gegen den Achtstundentag hat niemand etwas, wenn überall da, wo das Kapital es für nötig hält, solange gearbeitet wird, als es ihm im Profitinteresse notwendig ist. Daß die Sozialdemokraten in der Niederschlagung des Proletariats die einzig mögliche

Gr.-Berlin: Freitag, 21. Sept.: Bezirks-Mitglieder-Versammlungen

liche Politik sehen, ist eigentlich nur jemanden unverständlich, der eben nicht Sozialdemokrat ist. Denn daß die Herren Sollmann usw. gegen die Agrarier und gegen die „Steuersaboteure" vorgehen, ist nur von der lächerlichen Seite gesehen. Zum Glück werden die „Desperados von rechts" bei dem unvermeidlichen Zusammenbruch den Arbeitermassen zum Bewußtsein bringen, daß die Weltgeschichte vor sozialdemokratischen Schwätzereien und Brutalitäten nicht halt machen und hoffentlich auch nicht — wie im Kapp-Putsch — die starken Männer mit den vollgesauten Unterhosen wieder zu ihren Futterkrippen verhelfen, sondern ihnen endlich klar machen, was rechts und links ist. Es ist dies deswegen schon unbedingt notwendig, weil die Sozialdemokratie anscheinend immer noch selbst glaubte, daß es in der ganzen Welt etwas geben könnte, was noch reaktionärer ist, als sie selbst.

Aus der Partei

Das Programm der Revolution

I.

„Die materielle Gewalt der Bourgeoisie kann nur gestürzt werden durch die materielle Gewalt; allein auch die Theorie wird zur Gewalt, wenn sie die Massen ergreift." Marx.

Mitten in den Stürmen und Wettern der Geschichte wurde von der Partei das Programm der Revolution formuliert. Scheinbar ein rein theoretisches Beginnen, war es wirklich ein revolutionäres Handeln. Das Programm der Partei ist ein Stück materielle Gewalt, denn in ihr kristallisieren sich die Erfahrungen der sozialen Katastrophen in bezug auf deren Charakter und zeigt sich darauf die Form der Taktik und die Anwendung der Mittel in den Kämpfen.

Alles ist natürlich relativ, auch die programmatisch festgelegten Erkenntnisse und Erfahrungen. Als Produkte eines lebendigen Kampfes sind sie keine absoluten Größen, die unwandelbar feststehen. Das bedeutet praktisch, daß das Programm keine Eselsbrücke der Wissenschaft darstellt, über die man wie in einem Lexikon unter betreffender Rubrik auf alle Fragen Auskunft erhält. Ebensowenig ist das Programm ein fix und fertiges Rezept für alle Fälle. Aber die in ihm festgeronnene Erfahrung ist für die proletarische Revolution die erkenntniskritische Grundlage des Kampfes und seinen Mitteln. Damit hört das Programm auf reine Theorie zu sein, sondern ist ein Schwert in der Faust des kämpfenden Proletariats. Es wird zur materiellen Gewalt, mit der die materielle Gewalt des Kapitalismus überwunden wird. Gewiß ist das Programm keine Springwurzel, mit der die Lohnsklaven einfach an die Tore der Profitordnung zu schlagen brauchen, um sie zu sprengen, sondern seine Kraft liegt in der Verbindung von Bewußtsein und Handeln in der Revolution.

Neben den Richtlinien für die wechselnden Kämpfe des Augenblicks ist im Programm enthalten die neue Erkenntnis seiner Epoche. Die wir ein erzenes Mal hoch aufgerichtet noch in spätere Zeiten hineintragt. Einem Wegweiser gleich: stehend an den Wendepunkten der Geschichte.

Das Programm selbst ein Stück Geschichte, muß zur Verständigung Geschichtliches enthalten. Die Dinge müssen in ihrem historischen Zusammenhang und nicht in erstarrender Vereinzelung gewertet werden. Aus der Verbindung der Vergangenheit mit der Gegenwart ergeben sich die Notwendigkeiten für das Kommende und die leitenden Gesichtspunkte für jede Aktivität. Die gleichlaufenden Aufgaben, die das Proletariat zu lösen hat und die hohe Bedeutung der aus diesem Ringen festgelegten Erfahrungen müssen der äußerlichen Form Ton und Farbe geben. Ein knappes, wenn auch gewiß guter programmatischer Artikel wäre dem doch ein allzu leichtes geistiges Zelt. So gut es auch in allgemeinen Fällen ein Obdach gewährt.

Das Programm der Partei muß mehr einem massiven Bau gleichen aus granitenen Quadern gefügt. Wo in den einzelnen Steinen die neuen Lehren und Erfahrungen eingemeißelt sind und dem nagenden Zahn der Zeit trotzen.

Die Kommission, der die Aufgabe zufiel, einen Programmentwurf zu schaffen, glaubte, daß Bescheidenheit die schlechteste Eigenschaft für eine solche Aufgabe sei und ließ sich bei ihrer Tätigkeit von dem Gedanken leiten, ein Programm zu schaffen, das sich würdig neben der ersten proletarisch-kommunistischen Fahne stellen dürfe, nämlich dem Kommunistischen Manifest.

Dieses Dokument des ersten selbständigen Auftretens der proletarischen Klasse als politische Macht war ein Meilenstein in der Geschichte des Sozialismus, worin auf der einen Seite der Wiegendruck der materialistischen Geschichtsauffassung eingetritt ist. Durch die neue Lehre wurde es der Arbeiterklasse möglich, den Widerspruch zwischen Theorie und Praxis in der Politik zu überwinden. Der Kommunismus hob sich damit aus dem klösterlichen Halbdunkel eines utopistischen Wünschens heraus und wurde eine Wissenschaft. Das Programm der Partei führt diese Linie fort und zeigt wie jetzt von der Geschichte unerbittlich die Frage Kommunismus oder Untergang in die Barbarei auf die Tagesordnung gesetzt ist und damit der Kommunismus aufhört das ferne Ziel zu sein, sondern er wird zum Gebot der Stunde und zur Tat der Proletarier. Das kommunistische Manifest war der Sturmvogel der bürgerlichen Revolution, das neue Programm ist aus dem Schmelztiegel der proletarischen Revolution gegossen, es ist Schwert und Flamme dieser Revolution.

Bücher haben ihre Geschichte, dasselbe kann man mit Fug und Recht auch von Programmen sagen, und besonders von dem neuen Programm der Partei. Doch soll hier nicht in aller Breite das Werden des Entwurfes dargelegt werden. Nur zur Erklärung des Stiles und der verspäteten Herausgabe ist es notwendig, einige Gründe anzuführen. Das Programm in seiner vorliegenden Form Kollektivarbeit, in seinem Rohbau aber wurden Bausteine mehr oder weniger von einzelnen Genossen herbeigeschafft. Bei der Verschmelzung zu einem geschlossenen Ganzen durch die Programmkommission sind natürlich die ursprünglichen individuellen Züge nicht ganz überwunden, und daraus ergibt sich die Holprigkeit des Stiles. Doch kann dieser Schönheitsfehler beim letzten Glattlecken des Kindes beseitigt werden.

Was die verspätete Fertigstellung anbetrifft, die eine gründliche Durcharbeitung des vollständigen Entwurfes vor dem Parteitag verhinderte, so ist hier zur Entschuldigung zu sagen, daß die Genossen der Kommission nicht nur im Betriebe tätig sind und darum mit ihrer Zeit haushalten müssen, sondern auch bei allen Erhebungen der Arbeiterklasse ihre ganze Kraft zur Verfügung stellten. Wodurch die rechtzeitige Vorlegung des Programms stark gehindert wurde. Um nicht dem Gedanken einer bewußten Verzögerung Nahrung zu geben, wurde der Vorschlag, den Parteitag hinauszuschieben, abgelehnt. Damit möge zur Geschichte des Entwurfes genug gesagt sein, und ist es notwendig, auf den Inhalt einzugehen. Einen Kommentar wollen wir allerdings nicht geben.

Eigenbrödler

Wir wollen uns hier kurz zu einer Sache äußern, die durch ihre Wiederholung nicht besser wird und uns zumindest in Zeiten politischer Hochspannung immer wieder Zeit kostet. In der letzten Bewegung, wie auch schon früher, suchten an die KAPD. alle möglichen bekannten und unbekannten Organisationen und Organisationchen, Werkstattgemeinschaften und wer weiß sonst noch Anschluß zwecks gemeinsamer Aussprache über gemeinsam zu unternehmende Schritte. Selbst „Privatpersonen" glauben unsere Zeit in Anspruch nehmen zu können, wie sich die „Essener Richtung" vorzusteilen pflegte, und dazu hat die KAPD. folgendes zu sagen: Unsere programmatischen und prinzipiellen Lösungen sind so klar und eindeutig in unserer Presse formuliert, daß jeder Proletarier sich darüber ein Bild machen und sich entscheiden kann, ob er unseren Weg für gut und gangbar hält oder nicht. Unserer Meinung nach hat jeder Revolutionär die Pflicht, sich der Organisation anzuschließen, die in Wort und Tat die Interessen der Revolution vertritt und hochhält. Kann er dies nicht, so scheitert eine gemeinsame Aktion von vornherein an vorhandenen Gegensätzen, und ist eine Besprechung zwecklos. Im übrigen ergibt sich aus der Praxis in den Betrieben ganz von selbst die Linie, die die Proletarier gemeinsam gehen können. Eine organisatorische Verbindung führt nur zu zeitraubenden unfruchtbaren Diskussionen.

Denen jedoch, die nach ihren eigenen Angaben mit uns in jeder Beziehung konform gehen, die aber — weiß der Teufel aus welchem Grunde — den Weg in die Organisation nicht finden können und selbst ihren Klub gebrauchen, fühlen wir das Bedürfnis zu erklären: der revolutionäre Kampf erfordert Revolutionäre und keine Vereinsmeier. Wer aus purer Vereinsspielerei den Weg in die revolutionäre Partei und Union nicht finden kann, ist ein Spießbürger, der von vornherein ausscheidet und ist jede Minute zu kostbar, sich mit solchen Eigenbrödlern oder „Privatmenschen" aufzuhalten. Den ehrlichen Proletariern, die das Bedürfnis in sich fühlten, die proletarische Sache vorwärts zu bringen, und die sich in der letzten Aktion vorbehaltlos zur Verfügung stellten, möchten wir ans Herz legen, sich zu entscheiden, und auch in Zeiten der vorbereitenden revolutionären Arbeit ihre Kräfte nicht für eine verlorene und nutzlose Sache zu opfern. Es gibt nur ein Haben und Drüben.

Alle Eigenbrödler jedoch, die nicht Fleisch und nicht Fisch, nicht warm und nicht kalt sind, bitten wir in Zukunft, uns mit Einladungen und Besuchen zwecks Besprechungen zu verschonen. Wir haben selbst für Beantwortung derselben kein Geld und keine Zeit.

Ausland

Der spanische Umsturz

Madrid, 16. September. General Primo de Rivera hat gestern abend dem Chef der neuen Regierung, Lopez Munoz, den Eid geleistet. Nach Beendigung der Zeremonie erklärte der General, der König habe ein Dekret unterzeichnet, durch das acht Generale zu Mitgliedern des Direktoriums ernannt würden. Sie vertreten die militärischen Bezirke und ein Konteradmiral vertrete die Marine.

Durch ein weiteres Dekret werde der jetzige Oberkommissar von Marokko ersetzt durch General Aizpuru.

General Primo de Rivera erklärte, das Direktorium werde so lange in Tätigkeit bleiben, bis „befähigte Männer" gefunden seien, die „Spanien regieren" könnten. Einem Korrespondenten des „Matin" erklärte er, er werde den früheren Minister des Äußern Alba verhalten lassen. Falls dieser die Grenze überschritten habe, werde er ihn „holen". Sein Prozeß habe begonnen, und er werde der Strafe nicht entgehen.

San Sebastian, 17. September. General Primo de Rivera erklärte, daß das Direktorium ohne Parlament regieren wird, bis zu dem Augenblick, wo Persönlichkeiten aus der Industrie, dem Handel und dem Ackerbau an seine Stelle treten würden. In Marokko soll eine Expedition nach Alhucemas unternommen werden, um das Prestige Spaniens bei den Eingeborenen wieder herzustellen. In ganz Spanien werde eine Art Miliz geschaffen werden, nach dem Vorbilde der Sematen.

•

Die spanischen Umstürzler wandeln ganz sichtbar in faszistischen Bahnen und liegt der Charakter dieses Umsturzes auf derselben Linie wie der italienische und bulgarische. In Bayern glaubt man ebenfalls, daß die Zeit bald gekommen sein wird. Bei der Zerrissenheit der spanischen Arbeiterbewegung und dem Charakter der wirtschaftlich rückständigen Verhältnisse in Spanien selbst ist es nicht ausgeschlossen, daß die aufgerichtete Militärdiktatur sich längere Zeit behauptet. Es zeigt sich schon im internationalen Maßstabe, daß die kommende siegreiche proletarische Revolution, die ihre Kraftquellen in den Industrieländern hat, erst endgültig auch mit den Geisterbeschwörern der Vergangenheit aufzuräumen haben wird.

Anschauungs-Unterricht

Dem Privatbrief eines Farmers in Südwestafrika vom Mai dieses Jahres entnimmt die „Frankfurter Zeitung" folgende Ausführungen:

Hier draußen bei uns geht es gegenwärtig sehr schlecht, obwohl wir in diesem Jahre guten Regenfall gehabt haben, die Weide- und Wasserverhältnisse ausgezeichnet sind und das Vieh gedeiht. Aber es ist eben absolut keine Absatzmöglichkeit für irgend welche Farmerprodukte. Weder Schlachtvieh noch Wolle oder Felle haben zur Zeit hier einen Preis. Alles liegt danieder. Bares Geld bekommt man kaum noch zu sehen und Kredit gibt es nicht. Bei den Verkaufsvereinigungen des Bezirks in N. N. sind seit Wochen etwa 6100 Stück schlachtreife Hammel und 4000 bis 5000 Ochsen zum Verkauf angemeldet und können nicht abgesetzt werden. Für Wolle und Felle ist überhaupt keine Nachfrage. Dagegen sind alle Bedarfsartikel (Mehl, Zucker, Salz und Bekleidungssachen) außerordentlich teuer. Der Ladenpreis ist demzufolge ebenfalls rapid gefallen. Die Einwanderung aus der Südafrikanischen Union hat ganz aufgehört, weil die zuerst eingewanderten Buren, welche hohe Ladenpreise zahlten, sehr trübe Erfahrungen gemacht haben. Viele möchten gern ihre Plätze mit Verlust wieder verkaufen.

Alle sozialistische, kommunistische und schöngeistige Literatur

besorgt und liefert Verlag der KAPD., Berlin NO., Landsberger Straße 6.

Wir kaufen antiquarische sozialist. Bücher.

Fiume unter italienischer Aufsicht

Rom, 17. September. (WTB.) Die Regierung von Fiume ist gestern zurückgetreten.

Rom, 17. September. (WTB.) Der Ministerrat hat gestern folgenden Beschluß gefaßt: Nachdem der Ministerrat von dem Briefe Kenntnis genommen hat, in dem Depoli seinen Rücktritt von der Regierung Fiumes erklärt, ernennt er in Erwägung der anormalen Verhältnisse in Fiume und in Erwartung einer Regelung der Lage der Stadt den Generalrat der Armee und Königlichen Senator Giardino zum Militärgouverneur der Stadt und erteilt ihm den Auftrag, die öffentliche Ordnung zu sichern und die Verwaltung wahrzunehmen.

Dieser Beschluß wurde der Belgrader Regierung und sämtlichen Mächten zur Kenntnis gebracht.

•

Nachdem England Mussolini durch die englischen Kreuzer zu verstehen gab, daß das Mittelmeer doch ein nicht ganz leichtes Operationsfeld ist, hat Mussolini zu einem weiteren Streich ausgeholt, und Fiume, trotzdem die Verhandlungen mit Jugoslawien noch andauerten, besetzt. Doch dieser Hieb war ebenfalls ein Hieb in einen politischen Ameisenhaufen, wie folgende Meldungen zeigen.

London, 18. September. Die Ernennung eines italienischen Generals zum Gouverneur von Fiume sowie der serbische Protest gegen die Zusammenziehung bulgarischer Banden haben nach englischer Auffassung abermals eine Verschärfung der Lage auf dem Balkan hervorgerufen. Man befürchtet hier, daß die Verhandlungen über Fiume sich als sehr schwierig erweisen werden, und es verlautet, daß Italien nicht weniger als 4½ Divisionen in der Umgebung der Stadt zusammengezogen habe. Die serbische Regierung hat in Sofia nochmals erklärt, daß jeder Angriff bulgarischer Banden von Serbien über die Grenze hinweg verfolgt werden würde. Telegramme beweisen, daß auf bulgarischem Boden Banden gebildet werden."

Gleichzeitig jedoch wird im Pariser „Temps" folgende aufsehenerregende Mitteilung veröffentlicht:

„Die amerikanische Regierung in Washington hat authentische Informationen darüber erhalten, daß von gewissen Mittelmeerhäfen aus Waffen für Bulgarien verladen worden sind, die über das Schwarze Meer in das Land eingeschmuggelt werden. Bisher wurden nach Bulgarien geschickt: Munition, 250 000 Gewehre, 600 Geschütze, darunter 50 schwere Batterien, 4000 Maschinengewehre und 20 000 Maschinenpistolen, obwohl nach dem Vertrag von Neully die Bewaffnung der bulgarischen Armee auf ein bestimmtes Maß beschränkt ist. Der General Lagarof, der Chef der bulgarischen Armee, soll geheime Verbindungen mit den mazedonischen Irredentisten unterhalten und beabsichtigen, deren Aktionen mit regulären Truppen zu unterstützen. Die Irredentisten werden mit einer Aktion gegen Jugoslawien nicht mehr lange auf sich warten lassen, da angeblich Mussolini über ihre Untätigkeit bereits sehr unzufrieden ist und gedroht haben soll, ihnen seine Unterstützung zu entziehen, wenn sie nicht sofort etwas unternehmen."

Mussolini hat auf seine außenpolitische Karte eben alles gesetzt, er brauchte ein Ventil, um in bezug auf die inneren Schwierigkeiten eine Atempause zu erhalten, und greift immer erneut die „Pfänderpolitik" auf. Es scheint, als ob der italienische Faszismus von seiner inneren, jetzt auch in seine äußere Krise hineinzutreiben sollte, wenn irgendwelche ernsthaften Verwicklungen auf dem Balkan auf beiden Proten die Kräfte gegenelnander konzentrieren und die Ereignisse ihren Lauf nehmen.

Mitteilungen

Erweiterte Zentrale. Sitzung am Montag, den 24. September, abends pünktlich 7 Uhr, bei König, Lange Straße 54.

18. Unterbezirk. Bezirks-Mitgliederversammlung am Freitag, den 21. September, pünktlich 18 Uhr abends in Adlershof, Friedenstr. 5 bei Kaiser. — Alle Genossen müssen unbedingt erscheinen.

Partei-Beitrag für Groß-Berlin.

Der Partei-Beitrag für die zweite Hälfte des September beträgt für Groß-Berlin für Vollarbeiter 4 Millionen, für Kurzarbeiter (bis zu 3 Tagen) und arbeitende Frauen 2 Millionen.

Genossen! Zahlt eure Beiträge am kommenden Freitag in der Bezirks-Versammlung. Bei der rasenden Geldentwertung ist jede spätere Zahlung nur ein Bruchteil des Beitrages und schädigt die Organisation empfindlich!

Der Haupt-Ausschuß weist darauf hin, daß der Beitrag des Vororts Berlin zugleich der Richtbeitrag für die Wirtschaftsbezirke im Reiche ist und daß der Pflichtbeitrag für den Haupt-Ausschuß halbmonatlich 10 vH. beträgt. Dieser Pflichtbeitrag muß bis zum 15. bzw. 1. jeden Monats in Händen des Haupt-Ausschuß sein.

Zur Nachahmung! Im August 1923 wurden von Berliner Genossen 36 604 000 Mark für den Pressefonds der „KAZ.", von Genossen aus dem Reich 722 737 Mark aufgebracht.

Pressefonds

(Angabe in tausend Mark.)

Diefenthaler-Memmingen 200; Ortsgr. Freienwalde 157; Becker-Elberfeld 2.000; Rüstringen 168; W. S. 200; Büscher 500; R. 1.500; 2. BO.-Bez. 3.000; Siffert 80.000; Arit 10.000; Kelate 400; Michalski (28. 8.) 49; F. Sch. (28. 8.) 3.000; Dortmund 1.000; Ronsdorf 3.000; Sturm 500; Redicker 200; Union-Berlin (Pressefonds-Marken) 580; E. Zittau 13.000; Amecke 1.000.

Verantwortlicher Redakteur: Arthur Liers, Neukölln. — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. — Inh. Emil Schubert, Charlottenburg. — Druck: W. Isadonat, O 17.

Bestellschein:

Der Unterzeichnete bestellt hiermit die

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands.

Name:

Ort: Str. Nr.

Quergeb.: Hinterh.: Vorderh.:

Diesen Bestellschein bitten wir an den Verlag der „KAZ.", Berlin NO 18, Landsberger Straße 6, im offenen Kuvert als „Drucksache" frankiert einzusenden.

4. Jahrg. Nr. 73

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 1 Million

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei, im Abonnement und durch den Verlag der K.A.P.D. Berlin SO 16, Landsberger Straße 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6 Geöffnet täglich von 9—12 und 1—6 Uhr. Sonntags geschlossen. Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 42096.

Bezugspreise: Bei Bezug v. ofenfreier Lieferung durch d. Post: Halbmonatl. die im Kopf d. Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 6. bzw. 16. jed. Mts. Halbmtl. 1 Mill. Gulden monatl. Nach d. übrig. Ausland u. Versendung

Die Zwischenlösung

So bezeichnet die Regierung ihren neuesten Schlager: „Goldwährung". Eine Goldnotenbank ist bereits gegründet. Der Kurs der „Goldmark" wird auch bereits regelmäßig gemeldet. Man weiß nun nicht recht, was dem eigentlich mit diesem Beginnen gemeint ist, eben eine „Zwischenlösung" oder eine „Lösung". Denn für das Wort „Zwischenlösung", wie die Regierung ihr Experiment bezeichnet, konnte man ebensogut „Vorlegenhalbsprodukt" setzen, wenn man bösartig sein wollte: Kurpfuscherei. Daß der „Vorwärts" diese „Zwischenlösung" mit freudigem Geschrei begleitet, hat wohl in der Hauptsache seine Ursache darin, daß er seinen Anhängern diese „Zwischenlösung" möglichst schmackhaft zu machen sucht. Die Erfahrung lehrt, daß unruhige Kinder am besten mit Märchen zu beruhigen sind. In diesem Falle, wo vor aller Augen der Bankrott dieser „Vorwärts"-Republik immer offensichtlicher zutage tritt, hat man für die dadurch beunruhigten Kinder das Märchen vom Dukatenesel gewählt. Denn diese kindliche Phantasie ist die Voraussetzung für den Glauben, daß durch diese „Goldnotenbank" so von ungefähr das erreicht werden könnte, was man von dem Dukatenesel erzählt. Nun ist das Märchen von dem Dukatenesel aus dem Grunde noch nicht schädlich geworden, weil kleine Kinder erstens ein Märchen eben als ein Märchen hinnehmen und zweitens mit der Zeit den Illusionen selbst entwachsen. Es dürfte kaum der Fall eintreten, daß diese in den schönsten Phantasiegebilden gewiegten Kinderchen enttäuscht werden, weil der Dukatenesel nicht eines Tages für sie seine „goldene" Tätigkeit entfaltet. Doch die Kinder, die auf den Märchenerzählern um den „Vorwärts" glauben, sind nicht so beschieden. Sie erwarten Erfüllung ihrer Wünsche eben durch ein Wunder. Aber die Tatsache, daß es sich hier um ganz ernste Dinge handelt und daß lerner von Proletariern, die zehn Jahre die Stürme des kapitalistischen Zusammenbruches am eigenen Leibe erlebten, etwas mehr verlangt werden muß, wie von kleinen Kindern, verpflichtet uns, gleich von vornherein auszusprechen: Trotzdem in der demokratischen Republik an politischen Kindern sowohl als auch an Eseln ein — viel zu großer Ueberfluß vorhanden ist. Die Geschichte mit dem Dukatenesel ist ein Märchen und bleibt ein Märchen.

Als während der Ruhrenen-Affäre der Dollar auf 400 stieg, da vertiel der „Vorwärts" bereits in Schreikrämpfe. Nicht wegen der damit verbundenen Verelendung seiner Partei, die während des Krieges und der Revolution so tief in Proletarierblut watete, ist gegen solche Sentimentalitäten gefeit!), sondern einfach deswegen, weil diese Herrschaften, die durch die Verelendung hervorgerufenen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit fürchteten, weil sie schon einmal nahe daran waren, sich daran das Genick zu brechen. Ihre durch die Entwicklung erzwungene offene konterrevolutionäre Blutarbeit ließ die Proleten massenhaft nicht nur aus der SPD., sondern auch aus den Gewerkschaften flüchten, und der völlige Zusammenbruch droht. Der Schuft, der Rathenau niederstreckte, beleuchtete damals schon den Anfang der Entwicklung, in der wir heute stehen, und die mit eiserner Konsequenz zum Bankrott der Sozialdemokratie führen muß, und zwar zum Bankrott jeder sozialdemokratischen Politik, einschließlich der Moskauer Richtung. Daher die Angst und die verzweifelten Anstrengungen durch alberne Experimente dem herannahenden Gewitter zu begegnen.

Es ist notwendig, diese Entwicklung kurz zu skizzieren.

Das deutsche Industriekapital, daß zur Zeit der Regierung Wirth noch im Zahlenleben der demokratischen Republik gebettet lag, fing an mit aller Kraft durch dieses hindurchzuwachsen. Seine Tendenzen richteten sich ganz offen gegen die nationale Gebundenheit, seine Kraft konzentrierte sich darauf, alle Verpflichtungen, die die demokratische Republik hatte, zu entgehen, finanzpolitisch durchbrach es die kleinbürgerliche Herrschaft und stützte sich durch das Kabinett Cuno in den Besitz der politischen Macht, um gewaltsamen auf den Sabotage der Erfüllung loszustemmen. Es dürfte sich erübrigen, im einzelnen nachzuweisen, wie das deutsche Kapital die durch heraufbeschworenen Reparationskrisen dazu benutzte, um einerseits durch Reparationslieferungen selbst, anderseits durch das infolge der fortwährend steigenden Verschuldung der demokratischen Republik entstandene Härigkeitsverhältnis von Republik und Kapital das letztere zielbewußt auf sein Ziel loszusteuern: Loslösung vom nationalen Staatsapparat. Der dadurch sich vergrößernde Riß, der sich durch die demokratische Republik zog, zwang die Sozialdemokratie stets von neuem zu Kompromissen auf Kosten der Substanz der Republik. Die wachsende Verschuldung und das rapide Fallen der Mark waren für das Kapital ungeheure Gewinnmöglichkeiten. Es begann die Periode der Ausschöpfung der demokratischen Republik durch das Kapital. Der Ruhrkrieg war nur die Fortsetzung und eine neue und letzte Gelegenheit, sich von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften die Devise zu Vorzugspreisen auszuleihen zu lassen. Seine Liquidierung steht nun vor der Tür und mit ihr der völlige finanzielle Bankrott der demokratischen Republik. Das Gold der Reichsbank, die Devisen derselben sind bereits zum großen Teil konfisziert. Der Rest, den der Schuldner des deutschen Kapitals, die demokratische Republik, noch besitzt, wird bei den Milliardenzahlungen von Einnahmen und Ausgaben bald zerronnen sein. Der Gesamtschuld des Reiches stieg in der ersten Dezemberhälfte von 1196,3 Billionen auf 2389,7 Billionen, also um 1194,4 Billionen. Die Einnahmen inklusive der Zeichnungen auf die Goldanleihe und Steuern betrugen 99,6 Billionen, also weniger als 4 Prozent. Und diese Zahlen, als Resultat dieser Entwicklung, besagen mit knappen dürren Worten eigentlich an sich schon genug in bezug auf die Gründung einer „Notenbank". Aber die bekommen ihre richtige Bedeutung erst, wenn man bedenkt, daß das deutsche Kapital, das seinen Bankrott in der Hauptsache bewirkt hat, mit die Betriebe stillegt, weil einerseits die Exportpreise über den Weltmarktpreisen liegen und andererseits die Industrie durch die Fabrikation selbst zum Erliegen kommt. Die Kosten für Erwerbslosenunterstützung würden zu hoch, das Reich auf, und trotzdem diese nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist, wird der letzte Rest von Kaufkraft in Deutschland vernichtet in der Sonne.

Das deutsche Industriekapital kreuzen hat andere Sorgen. Es hat die Mark Regie abgeschafft und benützt sie nur noch um die Proleten zu „beschälen". Es hat sich Bezirk in die neuen Währung geflüchtet und trichtet nur Devisen, wenn möglichst günstigen Bedingungen in die französische Wirtschaft einer ähnlichen Regelung unterworfen wird. Hier liegt der Kernpunkt der ganzen Frage, da hier der Widerstand der Linksparteien einsetzt, die vom Parteidogma des Kleinkapitals tiefst schwer loskommen und sich namentlich auch der Ausdehnung der Akkordarbeit widersetzen. Die Regierung muß mit diesem Widerstand, koste es, was es wolle, brechen werden und dem Grundsatz allgemeiner Geltung verschaffen mit einem, daß, wer nicht arbeitet, auch nicht essen soll! (Damit dürfte die gemeint sein, die auf die Straße fliegen. Red. der „KAZ.") Wo es an Arbeitsgelegenheit fehlt, was in nächster Zeit in steigendem Umfang der Fall sein dürfte, wird in diesem untersten Abkehr von dem bisherigen System der Arbeitslosenunterstützung durch Notstandsarbeiten größten Stils schaffen müssen, wobei jedoch als Entgelt für die geleistete Notarbeit nur der notdürftigste Lebensunterhalt und nicht etwa, wie bisher vielfach gefordert und bewilligt (!), ein den Friedensverhältnissen entsprechender Arbeitslohn gewährt werden darf. Wie dem überhaupt alle von Ihrer geistigen oder körperlichen Arbeit lebenden Deutschen sich endlich mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß sie auf Jahrzehnte hinaus nicht mehr als den allernotwendigsten Lebensunterhalt verdienen und auf alles, was darüber hinausgeht, werden verzichten müssen."

Ein Kommentar zu diesem Programm erübrigt sich, und jede Empörung darüber ist nicht nur zwecklos, sondern unsinnig. Die deutschen Proletarier, die sich von ihren Gewerkschaften und deren Anhängsel, den parlamentarischen Prosperitätsreitern im Führkrieg erneut einspannen ließen, um die Geschäfte ihrer Blutsauger zu besorgen, werden begreifen müssen, daß dies nur eine Etappe auf dem Wege der endgültigen Versklavung war. Daß der Ruhrkrieg, wie jeder andere imperialistische Krieg in seiner Auswirkung ein Krieg gegen die Arbeiterklasse war, für den das Kapital jetzt die neue Rechnung präsentiert, die nur eine Fortsetzung des Krieges des Kapitals gegen das Proletariat ist.

Es wird deshalb lediglich darauf ankommen, ob das Proletariat rechtzeitig begreift, daß es dem Kapital blutiger Ernst ist mit seinen Maßnahmen, und daß Gewerkschaften und Sozialdemokraten durch dick und dünn mit ihren Brotgebern gehen werden, weil ihre Existenz in der kapitalistischen „Ordnung" allein gesichert ist, um seinerseits den Angriff zu organisieren, die Gewerkschaften zu zersprengen und für die proletarische Weltrevolution den Kampf aufzunehmen, der aufgenommen werden muß, und bei dem das deutsche Proletariat an erster Stelle steht.

Die Masken fallen! „Passiver Widerstand", „Volksgemeinschaft", all die billigen Phrasen und Morphiumspritzen sind überflüssig geworden, und das Kapital kämpft wieder mit offenem Visier. Ob die deutschen Proletarier nicht bald ihre nationalistische und reformistische Nebelkappe abstreifen werden, nicht bald die Zeichen der Zeit erkennen und zu handeln beginnen, vor einer neuen ungeheuren Blutsauggefahr?

Die Masken fallen!

Unter dem Druck der harten Tatsachen verfliegen langsam die Illusionen. Auf die Lohnforderungen der vom Hunger geschüttelten Proletarier antworten die Kapitalisten mit Aussperrungen, auf die „diktatorischen Steuergesetze" der Regierung mit Betriebsstillegungen. Riesig drängen sich die Massen auf den Sklavenmärkten zusammen, jede Woche bringt neue Hunderttausende von Arbeitslosen. Die Angst und der Kampf um den Arbeitsplatz macht die noch Arbeitenden dem Druck der Gewerkschaften noch gefügiger, und das Kapital rückt immer brutaler mit seinen Plänen heraus. Wo ein Millionenheer von Erwerbslosen zum Feiern und Verhungern verurteilt ist, klingt das Geschrei: „Nur Arbeit kann uns retten" lächerlich und provozierend zugleich, und doch haben eben sehr realen Sinn. Es kommt — Herr Sollmann hat es bereits verraten — ein „harter Friede"! Zu dem früheren „Unglück" kommt ein neues „Unglück". Die Trustmagnaten schwingen über ihren Sklavenhaltern, den Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführern rücksichtslos die Peitsche und fordern immer stürmischer ein offenes Bekenntnis zu den Profitnotwendigkeiten des Kapitals.

Den Ton gibt, allen voran, die Stimes „DAZ." an, und die Gewerkschaften folgen natürlich aus Angst vor der Empörung der Massen nur zögernd, aber sie folgen. Sie folgen dem Programm, das auch ihr Programm ist und sein muß, weil nur durch die Opferung von Millionen die kapitalistische Wirtschaft noch eine Zeitlang am Leben erhalten werden kann. Im Leitartikel der „DAZ." vom 21. September morgens wird dieses Programm zum wiederholten Male entwickelt und darauf hingewiesen, daß der „Besitz" nun wirklich genug „geopfert" habe. Demgegenüber stünde die wenig große Opferfreudigkeit der Beamten und Proletarier, die freiwillig gar nicht zu haben wären. Es heißt dann wörtlich:

„Es bleibt daher nur übrig, daß die Regierung nun ihrerseits die Initiative ergreift und die Arbeitsleistung der gesamten Beamtenschaft durch allgemeine Verfügung ihrer Arbeitszeit ... Anspruch genommenen Arbeitskraft wenigstens ... stellen. Nur so ist es möglich, den staatlichen Verwaltungsapparat endlich von den immer noch zahlreich vorhandenen, nicht im Beamtenverhältnis stehenden Angestellten zu entlasten, die bis in die letzte Zeit hinein, namentlich in den Ministerien, in Beamtenstellen übergeführt und daher nicht mit Unrecht von den kommissarischen Beamten und den der Unterbringung harrenden Beamten aus den ausgelösten und besetzten Gebieten als eine schwere Konkurrenz empfunden worden sind. Nur auf diese Weise wird es auch möglich sein, die staatlichen Betriebsverwaltungen allmählich wieder zu sanieren und von ihrem Personalüberfluß endgültig zu befreien.

Was auf diese Weise der Beamtenschaft an Opfern zugemutet wird, muß selbstverständlich auch von den im Dienst des Reichs, der Länder und Gemeinden stehenden Arbeitern geleisten, die allerdings zur Mehrarbeit nur dann bereit sein werden, wenn auch die übrige freie Arbeiter- und Angestelltenschaft einer ähnlichen Regelung unterworfen wird. Hier liegt der Kernpunkt der ganzen Frage, da hier der Widerstand der Linksparteien einsetzt, die vom Parteidogma des Kleinkapitals tiefst schwer loskommen und sich namentlich auch der Ausdehnung der Akkordarbeit widersetzen. Die Regierung muß mit diesem Widerstand, koste es, was es wolle, brechen werden und dem Grundsatz allgemeiner Geltung verschaffen mit einem, daß, wer nicht arbeitet, auch nicht essen soll! (Damit dürfte die gemeint sein, die auf die Straße fliegen. Red. der „KAZ.") Wo es an Arbeitsgelegenheit fehlt, was in nächster Zeit in steigendem Umfang der Fall sein dürfte, wird in diese untere Abkehr von dem bisherigen System der Arbeitslosenunterstützung durch Notstandsarbeiten größten Stils schaffen müssen, wobei jedoch als Entgelt für die geleistete Notarbeit nur der notdürftigste Lebensunterhalt und nicht etwa, wie bisher vielfach gefordert und bewilligt (!), ein den Friedensverhältnissen entsprechender Arbeitslohn gewährt werden darf. Wie dem überhaupt alle von Ihrer geistigen oder körperlichen Arbeit lebenden Deutschen sich endlich mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß sie auf Jahrzehnte hinaus nicht mehr als den allernotwendigsten Lebensunterhalt verdienen und auf alles, was darüber hinausgeht, werden verzichten müssen."

Ein Kommentar zu diesem Programm erübrigt sich, und jede Empörung darüber ist nicht nur zwecklos, sondern unsinnig. Die deutschen Proletarier, die sich von ihren Gewerkschaften und deren Anhängsel, den parlamentarischen Prosperitätsreitern im Führkrieg erneut einspannen ließen, um die Geschäfte ihrer Blutsauger zu besorgen, werden begreifen müssen, daß dies nur eine Etappe auf dem Wege der endgültigen Versklavung war. Daß der Ruhrkrieg, wie jeder andere imperialistische Krieg in seiner Auswirkung ein Krieg gegen die Arbeiterklasse war, für den das Kapital jetzt die neue Rechnung präsentiert, die nur eine Fortsetzung des Krieges des Kapitals gegen das Proletariat ist.

Es wird de